

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Angetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1899 unter Nr. 7290.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anstalts-Druck: Amt 1, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 17. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Eröffnung des österreichischen Parlaments.

—st— Wien, 15. Oktober.

Am nächsten Mittwoch tritt also der österreichische Reichsrat wieder einmal zusammen. Es ist dies die sechste Session seit den Neuwahlen im Jahre 1897; was wird sie wohl bringen? Wird endlich dieser arme, gequälte und vergewaltigte Reichsrat zu einer sachlichen Arbeit kommen, oder wird sich den fünf schlagelassenen Versuchen ein neuer und vielleicht letzter Versuch anreihen? Man kann nicht behaupten, daß diese hange Frage die Gemüter in Oesterreich sehr erregt. Dem österreichischen Parlament ist das schlimmste passiert, was einer gesetzgebenden Körperschaft zustoßen kann: es ist dem Volke gleichgültig geworden. Man ist höchstens neugierig, wie sich diese neue Parlamentsession anlassen wird; Teilnahme, echte wirkliche Teilnahme hat für dieses Scheinparlament kein Mensch mehr. Davon abgesehen, daß sich drei so unfruchtbare Jahre, wie es diese Sessionen hindurch waren, schwer rächen müssen; von seiner Unproduktivität abgesehen bietet das österreichische Abgeordnetenhaus einen so erbärmlichen Anblick, daß man auf seine Thätigkeit nur mit einem aus Ekel und Verachtung gemischten Gefühle blickt. Ohnmächtig nach außen, im Innern zerrissen, dazu mit Hohheit, Demagogie und Unbildung angefüllt, so präsentiert sich die erste Körperschaft des Reiches auf einem Niveau, dessen sich jede Volksversammlung schämen müßte. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn man der kommenden Tagung nur mit der Besorgnis entgegenblickt, daß die entseßlich wüsten Szenen der früheren Sessionen neue Fortsetzungen erfahren werden. An der Geringschätzung, der das Privilegienparlament anheimgefallen ist, hat im Grunde der Absolutismus seinen kräftigsten Stützpunkt.

Was nun wird geschehen? Das bescheidene Beamtenministerium, das man mit so mitleidigen Blicken beschaut, hat eigentlich in den paar Wochen seiner Thätigkeit eine ganz erkleckliche Leistung vollbracht: es hat so ziemlich die Gefahren der Obstruktion beseitigt. Die Sprachenverordnungen werden aufgehoben werden und damit ist dem Ansturm der Deutschen so ziemlich der Boden entzogen. Es ist auch ganz unwahrscheinlich, daß etwa die Zeichen die Aufhebung mit einer Kriegserklärung beantwortet werden. Dazu sind ihre gegenwärtigen Vertreter zu sehr entnervt; man ist nicht ungefragt drei Jahre lang Majorität, und wer die Polizei ins Parlament geführt hat, findet den Weg zu entschiedener Opposition nicht leicht zurück. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Dinge schon im Geleise sind. Denn einerseits werden die jungescheitlichen Abgeordneten von ihren Wählern geschoben werden, und andererseits wird die Aufhebung der Sprachenverordnungen die Zertrümmerung der gegenwärtigen Majorität bewirken. Die Jungescheitlichen klammern sich zwar an die Fiktion, daß der zu ihrem Vorteil geschmiedete eiserne Ring noch fest ist; aber es liegt auf der Hand, daß schon die Polen nicht, geschweige denn die Deutschradikalen die Aufhebung der Sprachenverordnungen als Antrieb zum Kampfe wider die Regierung empfinden werden. Die Sachlage ist also für die Regierung Clary ziemlich verzwickelt. Sie hat wohl keine Obstruktion mehr zu fürchten, wenigstens vorläufig nicht, dafür hat sie aber keine Majorität. Wohl stehen ihr einige Gruppen der alten Majorität — Polen und Deutschradikale — zuwartend gegenüber, schon weil diese ganz vom Hofe abhängigen Parteien überhaupt nicht Opposition machen. Auch auf der Linken findet sie viel Sympathie, bei den Großgrundbesitzern, dieser geborenen Regierungspartei, dann bei den Christlich-Socialen, die Herr Lueger an jede Regierung verschadert, die ihm die Wiener Wahlreform bewilligt, aber auch bei der Fortschrittspartei, ja selbst in die Reihen der Volkspartei hinein. Als wirkliche Oppositionspartei sind heute nur die Socialdemokraten und die Deutschradikalen anzusehen; ein Windstoß kann freilich an ihre Seite auch die Jungescheitlichen bringen. Aber Gleichgültigkeit oder ein bißchen Wohlwollen geben noch keine Majorität.

Man sieht, selbst wenn das unerwartetste Ereignis würde und das Schicksal Oesterreich einen großen Staatsmann beschärfen möchte: das Regieren mit diesem Parlamente bliebe trotzdem eine fast unmögliche Sache. Das österreichische Abgeordnetenhaus zählt heute anderthalb Duzend Parteien, und wenn man sie schüttelt wie ein Kaleidoskop, so kommt noch nicht eine vernünftige Gruppierung heraus. Das Unnatürliche dieses Parlaments liegt darin, daß wir auf der einen Seite, bei den Deutschen, politische Klassenparteien haben — giebt es doch acht deutsche Fraktionen! — auf der anderen aber, bei den Slaven, rein nationale Gruppierungen überwiegen, die nationalen Richtungen den Klassengegensatz vollständig zurückgedrängt haben. Deswegen ist das Problem, die Parteien nach politischen Momenten zu koalieren, einfach unlösbar; deshalb ist es nicht möglich, eine bürgerliche Partei aller Nationen, die internationale Bourgeoisie, zu konstruieren; und darum auch kann in Oesterreich das Bürgertum nicht regieren. Das Bürgertum wird hier regiert; die Staatskunst besteht darin, sich eine Majorität zusammenzustellen, die für den Hof, die Großmachtsstellung frohndet, und deren Bestandteile durch nationale Konzessionen entlohnt werden. Das wird und kann nicht geändert werden, außer die Regierenden befähigen einmal den Mut, mit dem allgemeinen Wahlsrecht den

Keil in die nationalen Bindungen zu treiben, die nationalen Parteien so zu politischen umzugestalten.

Graf Clary wird auch nicht viel regieren. Er wird vor allem die dem Kaiser besonders am Herzen liegenden Delegationswahlen durchführen, ein Notstands-gesetz für die durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete durchbringen, und der Rest wird wie früher sein — der § 14. Die zwei Gesetze, die bis Ende des Jahres fertig werden müssen — ein Budgetprovisorium und das letzte Ausgleichsgesetz, das die Verteilung der Erträge der Verzehrungssteuern regelt — die durchzusetzen wird die Regierung wenig Eifer zeigen. Warum auch? Mit dem § 14 macht sich die Sache so unendlich bequem, und im Parlament ist die Majorität so ungewiß. So lange es der Regierung möglich ist, sich mit dem § 14 zu helfen, so lange wird sie immer in Gefahr sein, auf Abwege zu geraten. Wenn das Parlament bestenfalls eine Eventualität ist, etwas, was man braucht, wenn es sich brauchen läßt, das man aber umgeht, wenn es Schwierigkeiten zu machen sich beifallen läßt, wenn bei dem Parliamente gleich der § 14 steht: so ist an ein ehrlich konstitutionelles Regieren gar nicht zu denken. Selbst wenn eine Regierung die besten Absichten hat, der § 14 verdirbt schnell ihre guten Sitten.

Eines wird man also aus der kommenden Tagung erfahren: ob es noch ein Parlament giebt. Wenn das österreichische Parlament leben will, so muß es die Kraft finden, den § 14 auszurotten; so lange diese Machtvollkommenheit der Regierung aus der Verfassung nicht gelöscht ist, hängt über der Existenz des Reichsrates das Damoklesschwert. Wird der § 14 nicht abge schafft, so wird er auch weiter angewendet, das heißt mißbraucht werden, und wird nur noch eine einzige jener verfassungswidrigen Verordnungen erlassen, so ist der Absolutismus als dauernde Einrichtung etabliert, das Parlament ist dann nur die spanische Wand, hinter der er wirkt. Wer Oesterreich kennt, wird das Schlimmste erwarten und nicht erstaunt wird er sein, wenn das Jahr mit dem eudigt, mit dem es begonnen: dem Bruche der Verfassung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober.

Von der Minister- und Kanalkrisis.

Im Birtuar der Gerichte taucht auch die angeblich offiziöse Meldung auf, Herr v. Riquel hätte zur Zeit der Gedächtnisrede ein Entlassungsgesuch eingereicht. Das wird jetzt dementiert, aber zweifellos richtig bleibt, was die „Westf. Ztg.“ sagt:

„Ohne indiskret sein zu wollen, möchten wir einfach konstatieren, daß Herr v. Riquel, bevor er nach Hannover reiste, im Zweifel darüber war, ob er im Amte bleiben würde oder nicht.“

Herr v. Riquel ist nur mit genauer Not der Welle, die seinen journalistischen Diener wegspülte, entronnen. Den Dank für das neu gewonnene Ministerleben hat er in Hannover abgestattet.

Es scheint, als sollte die Kanalniederlage in der neuen parlamentarischen Kampagne unter dem alten Ministerium Hohenlohe-Riquel fortgesetzt werden, — wenn nicht irgend eine neue Blödsinnigkeit dazwischenschiebt. Das „V. T.“ giebt folgende Darstellung von den Ansichten und Absichten der „maßgebenden Stelle“:

„In politischen Kreisen erzählte man sich in den letzten Tagen, der Kaiser wolle sich weder vom Fürsten Hohenlohe, noch von Herrn v. Riquel trennen, unter der Voraussetzung, daß beide Staatsmänner etwaige Meinungsverschiedenheiten unter sich beglichen und sich zu dem Entschlusse bereit erklärten, mit ganzem Nachdruck die Kanalsvorlage von neuem vor dem Landtage zu vertreten. Der Kaiser lege nach wie vor das größte Gewicht darauf, daß die Kanalsvorlage, die auf erweiterter Grundlage wieder eingebracht werden soll, vom Landtage genehmigt würde, alle anderen Fragen träten dagegen zurück für ihn, und so lange das Staatsministerium sich Öffnung machen könne, den Versuch mit größerer Rücksicht auf Erfolg von neuem zu unternehmen, wolle er vorläufig die Kanalspolitik von denselben Männern vertreten lassen.“

An den „Erfolg“ glauben am wenigsten die Kanalgegner, die in der „Deutschen Tages-Zeitung“ übermütig aufstrumpfen und ihren Hohn in die Form guter Ratschläge für die Regierung stecken:

„Deshalb bleibt als einziger gangbarer Weg, um aus den jetzigen unheilvollen Verhältnissen herauszukommen, nur der der Umarbeitung der Vorlage. Wir haben öfters darauf hingewiesen, nach welchen Grundlinien und in welcher Richtung sich diese Umarbeitung vollziehen müsse. Mit blohem Auf- und Knöpfen, mit beflügelten Kompensations-Zusicherungen ist nichts gethan. An die Stelle des Einzelplanes muß ein umfassendes Gesamtprogramm treten, das die berechtigten Ausgleichsforderungen in sich schließt. In der Begründung müssen alle finanziellen Bedenken widerlegt und der Nachweis der Durchführbarkeit erbracht sein. Ein solches Verfahrungsprogramm erscheint die gründlichsten und umfassendsten Vorkarbeiten. Oberflächliche Hinarbeit ist ohne Wert und ohne Erfolg. Damit würde man die Lage eher verschlechtern als verbessern. Dapieren läßt man sich heutzutage nicht mehr. Man gehe vielmehr ehrlich und unerschrocken an die Vorarbeiten zur Umarbeitung, besetze die Interessenten, stelle Forderungen an und überhaste sich nicht! Das ist der einzig mögliche, wenn auch scheinbar weitere Weg. Wer das Ziel ehrlich will, muß ihn wählen und auf den andern verzichten, der nach menschlicher Voraussicht nicht dazu führt.“

Der Regierung wird von den Agrariern der Liebesvolle Rat gegeben, ihre Vorlage so lange vorzubereiten, bis sie als Kompensationsobjekt gegen Erfüllung der agrarischen Forderungen beim Abschluß der Handelsverträge dienen kann. Dann werden die Herren Junker quädigt mit sich sprechen lassen über die Durchführung des für den preussischen Staat notwendigen großen Kanalbaues. Eher sind die Königtrenen für die Wünsche ihres Königs nicht zu haben. —

Zur Grubenkontrolle in Preußen

brachte kürzlich die „Nationallib. Korresp.“ eine auch von uns übernommene Mitteilung, in der es hieß, daß es der Bergverwaltung schwer falle, die geeigneten Kräfte für die vom Landtag bewilligten 50 Grubencontroleure zu finden. In vielen Fällen, so hieß es dort, zogen neu gewonnene Arbeitskräfte ihre Meldung nachher wieder zurück, offenbar weil ihnen die privaten Werke, zumal bei der vorzüglichen Konjunktur, höhere Gehaltsätze zu bieten vermochten und günstigere Bedingungen als die Staatsregierung nach Lage des Etats einzuräumen in der Lage war.

Wir hatten im Anschluß daran die geringen Gehaltsangebote bemängelt, deren Unzulänglichkeit die betreffenden Beamten veranlaßt, in privaten Stellungen zu verbleiben. Daraufhin belehrte uns nun die „Korrb. Allg. Ztg.“ über die Höhe der Gehälter für jene neu zu schaffenden Posten, Mitteilungen, die für uns durchaus nichts Neues enthielten. Die Gehälter sind für 33 der Controleure auf 2000 M. bis 3400 M., für 17 auf 1800—2900 M. festgelegt. Diese Sätze erscheinen ja auf den ersten Blick als annehmbare, aber sie bleiben eben hinter den Gehaltsätzen zurück, welche die Steiger, Aufseher usw., aus deren Reihen die Grubencontroleure genommen werden sollen, von den privaten Werken erhalten. Darauf kommt es an und diese Thatsache haben wir bedauert. Wie unangebracht der plumpe Ausfall der „Korrb. Allg. Ztg.“ gegen uns war, geht aus einem Schreiben hervor, das uns aus sachverständigen Kreisen zugeht. Es heißt dort:

„Wenn die „Korrb. Allg. Ztg.“ meint, diese Gehälter seien den Verhältnissen angemessen, so ist dem entschieden zu widersprechen. 1898 hatte ein Grubenbeamter durchschnittlich Gehalt:

in Ober-Schlesien	1838 M.
„ Niederschlesien	1624 „
„ im Ruhrbezirk	1881 „
„ Saar-Bergbau (Pöls)	1182 „
„ Ruhrgebiet	1818 „

Böhlgenertl. hier sind auch die untersten Beamten (Aufseher, Fahrhauer etc.) mit einbezogen. Auf Grund zuverlässiger Mitteilung können wir versichern, daß heute im Ruhrbezirk z. B. ein tüchtiger, nicht allzu junger Steiger (die Aspiranten für die Posten der „Einfahrer“ gleich Grubencontroleure) nicht unter 2400 Mark Jahres-einnahme hat, abgesehen von allerhand sonstigen Vergünstigungen.

Thatsächlich bedeutet also für diese Leute die Uebernahme des „Einfahrer“-Postens einen finanziellen Verlust, wenn auch nur einen zeitweiligen. Die „Korrb. Allg. Ztg.“ sollte sich also ihre Entrüstung nur sparen; sie sehe sich nur die obige Zusammenfassung der Beamtengehälter der verschiedenen Bezirke an. Der Staat (Saarbergbau) bleibt um 5—700 M. durchschnittlich in der Bezahlung seiner Werksbeamten hinter den Privaten zurück! Das wissen die Grubenbeamten recht gut, und sie schließen daraus wohl nicht mit Unrecht auf eine Verleumdung ihres Einkommens, sollten sie Staatsbeamte werden. Es ist doch eine fast alltägliche Erscheinung, daß sogar höhere Staatsbeamte (Vergräte, Obervergräte) den Staatsdienst verlassen, um dem bedeutend besser zahlenden Privatdienst sich zu widmen.

Angedem wird aber die Schwierigkeit in der Beschaffung genügender Aufsichtsbeamten noch durch andere Ursachen hervorgerufen. Und ist von tüchtigen Beamten, die gern in den Staatsdienst eintreten, gesagt worden, sie nähmen keine Posten als „Einfahrer“ an, da sie den Konflikt mit den Grubenbesitzern fürchten!

Belamlich haben sich die Grubenbesitzer-Bereine schroff gegen jede Reform der Grubenkontrolle, wobei man Rücksicht auf die Arbeiterwünsche nähme, ausgesprochen. Die Unternehmer im Ruhrgebiet sagten ziemlich unverblümt, daß sie die „Einfahrer“ nur zu dulden hätten! Die ober-schlesischen Grubenbesitzer nannten die Hilfsbeamten höhnend: „Berg-Gendarmen“; die Herren ließen keinen Zweifel darüber obwalten, daß jene Hilfsbeamten kein ruhiges Dasein führen würden.

Die Furcht, mit den allmächtigen Herren der Gruben in Konflikt zu kommen, bei dem schließlich nicht der simple Beamte recht bekommt, ist immeres Erachten die hauptsächlichste Ursache für den Mangel an Meldungen.

Der Grubenbesitzer ist, weiß, wie selbstherrlich die Besitzer auch gegenüber der Behörde sich verhalten. Seine Erfahrungen sind nicht geeignet, ihm allzu sehr nach dem Posten eines „Berg-Gendarmen“ begierig zu machen. Diese Meinung teilen alle Kenner der einschlägigen Verhältnisse mit uns.

Uebrigens sei auch mitgeteilt, daß nächstens wahrscheinlich der Beweis geliefert wird, daß auch diese „Einfahrer“ gerade so dupiert werden, wie es die Grubenprozesse von den akademisch gebildeten Vergräten nachweisen.

Daß die „Berg-Gendarmen“ keine wirkliche Reform der Grubenaufsicht darstellen, ist auch seiner Zeit von uns vorausgesagt worden. —

Deutsches Reich.

Dr. Wassermann über die Justizhausvorlage.

Aus Völkheim bei Frankfurt a. M. berichtet die „Vossische Zeitung“:

„In einer hiesigen Wählerversammlung sprach der Reichstags-Abgeordnete Dr. Wassermann über die Justizhausvorlage. Er erklärte, die Vorgänge und die Agitation des verflossenen Sommers bildeten für ihn keine Veranlassung, seinen absehbenden Standpunkt zu ändern. Die von der Großindustrie und ihrer Presse ausgegangene Agitation für den Schutz der Arbeitswilligen sei eitel geendet. Nicht um den Schutz der Arbeitswilligen handele es sich in dieser Agitation, sondern um den Schutz der

ihre eigenen Interessen und um die Pflege der eigenen Machtbedürfnisse.

Es wird sich nun fragen, ob alle die Parteigenossen des Herrn Passermann, welche mit ihm gegen Kommissionsberatung des Justizministeriums stimmten, auch jetzt noch jene Stellung so scharf wie ihr Wortführer vertreten und ob sie dem noch zu erwartenden vernünftigen Ausfall der nachsichtigen Sachverständigen bis zur entscheidenden Stunde standhaft bleiben werden?

Die „National-Zeitung“ läßt bereits erklären, wie wenig ihr die Aussprüche des Herrn Passermann behagt. Sie hofft, daß seine Äußerungen nicht guttunend wiedergegeben seien.

Die „Holl.“ spottet über die Meinung, daß das Proletariat unserer Kulturadel darstelle und läßt als Gegenbeispiel einige Großbetriebe an, die in der Erregung des Kampfes auf dem Parteitag zu Hannover gefallen sind. Die „Holl.“ begreift eben nicht, daß der Kulturadel im schlimmsten Gegensatz zum Geburtsadel nicht auf die Feinheit der Form, sondern auf die Größe und Güte der Sache Wert legt. Wir beanspruchen nicht, es an weltmännischer Eleganz mit den Wöllfischen Garmlosen aufzunehmen.

Ministerielles zum Parteitag. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ spricht sich über die Sozialdemokratie und das Witzthum wie folgt aus:

„Die Stellungnahme der „Genossen“ macht dem hallofen Gerede bürgerlich-demokratischer und freisinniger Blätter von der Reihung eines Teils der Sozialrevolutionären, unter Umständen das für den Schutz des Vaterlandes Unerlässliche zu bewilligen, ein Ende.“

„Die Verweigerung jeglicher Mittel zur Landesverteidigung, solange das Heerwesen den sozialdemokratischen Endzwecken dienlich ist, stempelt die „Genossen“ zu Feinden des Vaterlandes, mit denen es für die Vertreter und Verteidiger unseres nationalen Staates und der bestehenden Gesellschaft keinen Frieden und keine Einigung geben kann.“

„Ist es für die ministerielle „Korrespondenz“ wirklich eine neue Offenbarung, daß die Sozialdemokratie für den Schutz der Klassenherrschaft — die „Korrespondenz“ scheinungsvoll für dieses richtige Wort fälschlich Vaterland und nationalen Staat ein! — niemals zu haben gewesen ist und niemals zu haben sein wird? —“

Der „Harmlosen“-Prozess giebt auch der „D. Justiz- und Zeitung“ Stoff zu einigen zeitgemäßen Bemerkungen über die Voruntersuchung. Justizrat Dr. Staub untersucht die Frage, woher es kommt, daß die Voruntersuchung oft nicht dasselbe Bild bietet, wie die Hauptverhandlung und kommt zu folgenden Schlüssen: Es liegt hauptsächlich an der Heimlichkeit der Voruntersuchung; weder der Angeklagte, noch sein Verteidiger dürfen den Vernehmungen beiwohnen. Wie manche für den Angeklagten verhängnisvolle Behauptung würde zurückgenommen, wie manches sich durch die ganze Voruntersuchung schlängelnde Mißverständnis würde sich klären, wie manche entlastende Thatsache zu Tage gefördert werden, wenn der Angeklagte und sein Verteidiger den Zeugervernehmungen beiwohnen dürften. So aber erfolgt die Voruntersuchung in aller Heimlichkeit. Der Untersuchungsrichter hat eigentlich alles zur Aufklärung dienliche Material zu erfordern; aber wie oft fährt er — ganz unbewußt — die Untersuchung nur „gegen“ die Angeklagten, während er sie eigentlich „für und gegen“ die Angeklagten führen sollte. Die ersten entscheidenden Schritte thut der Denunziant, die zweiten die Polizei. Der erste malt in schwarzen Farben, die Polizei malt auch nicht immer weiß. So setzt sich im Laufe des Untersuchungsberichtes von vornherein ein unglückliches Bild von der Sache fest. Das Decret flucht seine untersuchende Thätigkeit, ohne daß er es merkt und trotz seines besseren Willens, gerecht zu sein. Dieses Bild von der Sache ist die schwarze Drille, durch die er sieht und durch die ihm die Sachlage in dunklen Farben entgegentritt, infolge dessen werden die gemachten Aussagen oft in Redevernehmungen protokolliert, die mit der Aussage des Zeugen inhaltlich übereinstimmen, ihnen aber ein belästigendes Stotorn geben, als der Zeuge selbst es ihnen geben wollte, und als er in der Hauptverhandlung, Niemand in Auge den Angeklagten gegenüberstehend, aufrichtig erhalten kann. So wundern man sich, daß die mündliche Verhandlung ganz anders ausfällt, als die Voruntersuchung, zum Schaden für den Angeklagten, aber auch zum Schaden für die Rechtspflege.

Pfarrer Öhre. Die „Welt am Montag“ schreibt: „Der ehemalige national-soziale Pfarrer a. D. nahm am sozialdemokratischen Parteitag vorläufig nur als Zuhörer teil. Wie wir jedoch aus besserer Quelle hören, hat er den Gedanken, ins Pfarramt zurückzugehen, den er in letzter Zeit noch lebhaft erwogen hatte, endgültig aufgegeben und wird in allerhöchster Zeit offen zur Sozialdemokratie übertreten.“

Die national-soziale Gruppe hat an Herrn Öhre, den Verfasser von „8 Monate Fabrikarbeiter“ einen ihrer anerkannt Besten verloren. Die haubühnischen Entzündungen und das unsociale Verhalten der National-Sozialen bei der letzten Reichstagswahl ver-

Die Harmlosen von anno 1856.

In dem Prozeß gegen die adligen Herren vom Klub der Harmlosen spielt der Kriminalkommissar v. Wanteuffel eine hervorragende, wenngleich für ihn wenig angenehme Rolle. Die Angeklagten, von denen einer der Sohn eines preussischen Generals und der andere Regierungsdirektor ist, haben seit Verfahren beim Zusammentragen des Antagonisten schmerzlos aufgedacht. Auf diesen armen Kriminalkommissar schlägt alles los, während es doch bekannt ist, daß von einer sehr einflussreichen Seite der Befehl gekommen war, so scharf wie möglich gegen die Harmlosen vorzugehen, — durch welchen Befehl dem auch die sonst nicht gut erklärlichen Verhaftungen begründet werden.

Genug, dem Kriminalkommissar wurde nachgewiesen, daß er lediglich, um auf den Vorschlag von Koppen und Material zu bekommen, den Regierungsdirektor v. Köhler gegenüber Herrn v. Krüger beschuldigt hatte, in der Wohnung seiner Geliebten würden die Leute ausgenommen. Er mußte sich in offener Gerichtsverhandlung lassen, er habe das Gegenteil der Wahrheit in eine Zeitung lanciert. Ein obeliger Referententant beschuldigt ihn in wenig verblüffter Weise, er habe sich ihm als Hauptmann der Landwehr vorgestellt und ihn ausgehört, ohne ihn darauf aufmerksam zu machen, daß das Ergebnis der Unterhaltung zu den Akten berichtet werde. Und dazu konnten noch viele andere Angriffe seitens der feudalen Angeklagten und Jungen auf den Hauptmann der Landwehr und Königl. Kriminalkommissarius v. Wanteuffel.

Es ist ja bekannt, daß es nach den Satzungen eines gewissen Ehrenlober nicht erlaubt ist, sich gewisse Dinge ungestraft nachsagen zu lassen. Und da Herr v. Wanteuffel als Mitglied des Ehrenlobers seines Offizierscorps diesen Stobeg ganz genau kennt, so ist anzunehmen, daß das Verfahren gegen die adligen Neu-Drüber auch nach den Prozeßverhandlungen noch manches Nachspiel haben wird.

Die ganze Lage des Herrn von Wanteuffel erinnert auffallend an die Situation, in der sich der preussische General-Polizei-Direktor v. Hindeley befand, als er im Juni 1855 ein nächstliches Spiegelglas des hocharistokratischen Jockeyklubs hatte aufheben lassen. Hindeley war schon im November 1848, mit Wiederbeginn der preussischen Reaktion, Polizeipräsident von Berlin geworden, und er sorgte im Verein mit dem General Wrangel brutal und ohne jede Rücksicht auf die Befehle zu nehmen für „Ordnung“. Das war sehr schön, und Herr von Hindeley war persona gratissima nicht nur beim König Friedrich Wilhelm dem Vierten, sondern auch beim hohen Geburtsadel, denn er die aufstrebende Demokratie vom Leibe hielt.

trieben den graden Mann aus ihren Reihen. Bestätigt sich die obige Nachricht, so will man nach vierjähriger erusten Geistesregung Herr Öhre das neue Land betreten, wo allein die ideale Macht der Zeit-erneuerung, der stets sein Hoffen galt, walt.

Die rheinischen Agrarier, die meist ultramontaner Gesinnung sind, haben wiederholt gezeigt, daß sie in Bezug auf arbeitserfreundliche Bestimmung nicht hinter den Ostelbieren zurückbleiben brauchen. Das hat sich dieser Tage wieder auf der Vorstand- und Ausschuss-versammlung des Rheinischen Bauernvereins in Neuz. erwiesen. Der Graf von Hornbroch redete gegen die Koalitions-freiheit. Ferner verlangte er Mittel des Staates und der Befreyung gegen die Diensthoten und Arbeiternot auf dem Lande; er besagte wehmütig, daß das Grundübel, die Freizügigkeit, kaum mehr vollständig (N) zu beseitigen sei. Die mütterliche Rücksichtnahme von sechzehn Jahren. — So führte er aus — die Bauernvereins zur Verechtigung der Freizügigkeit gefordert hat, ist eine Maßregel, die ebenso zweckmäßig ist, wie sie auch nicht zu weitgehend erscheint.

Die rheinischen Agrarier haben schon mehrfach die Aufhebung der Freizügigkeit für die jungen Arbeiter verlangt. Die ersten Jahre nach der Einführung sind in der Regel für die Zukunft des jungen Menschen andschlaggebend. Wenn der Wunsch der Bauernvereinsler Wirklichkeit würde, wäre es für die Eltern auf dem Lande kaum noch möglich, ihre Kinder anders als in der Landwirtschaft arbeiten zu lassen, da sie ja vor der Beendigung des sechzehnten Lebensjahres die Heimat nicht verlassen dürften. So hoffen die Agrarier wechsoloses Arbeitermaterial zu schaffen. —

Büchler-Terrorismus. Im Statut der Weiskener Zwangs-Jungung der Sattler, Tapezierer etc., welches von der Kreis-hauptmannschaft Dresden genehmigt ist, befindet sich folgender Passus:

Ein bei einem Jungungsmitglied aus Arbeit tretender Geselle kann von einem anderen Jungungsmitgliede innerhalb vier Monaten nicht eingestelt werden, wenn nicht eine Vereinbarung zwischen den in Frage kommenden Mitgliedern erfolgt ist.

Offenkundig wird der Gesellenauslaß der betreffenden Jungung sich damit nicht zufrieden geben, sondern beim Ministerium Beschwerde erheben. Denn der angelegte Paragraph scheint uns durchaus ungesetzlich zu sein. Nach § 81 des Jungungsgesetzes ist die Aufgabe der Jungung die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen.“ Wir wüßten nicht, wie dieser Aufgabe durch obige Bestimmung entsprechen würde; im Gegenteil müßte sie das und Zwietracht zwischen beiden stiften. Ferner heißt es im § 88 des Gesetzes: „Den Jungungsmitgliedern darf die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit den Aufgaben der Jungung in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.“

Kann gut. Weder das Gesetz selbst, noch die Begründung, die seiner Zeit gegeben wurde, noch die Verhandlungen in der Kommission, oder im Plenum des Reichstages geben auch nur den geringsten Anhalt dafür, daß die Aushängung unliebsamer Gesellen mit zu den Aufgaben der Jungung gehörte. Die Zwangs-jungungen sind soziallich unerwünscht, mit gewissen Privilegien aus-gestattete Organisationen. Sie genießen besondere Rechte, haben sich dafür aber auch gewisse Beschränkungen aufzuerlegen; es wäre ein unbilliger Zustand, wollte der Staat einem Teil seiner Mitglieder durch Beilegung besonderer Autorität mit einer derartigen Gewalt über einen andern Teil seiner Bürger ausstatten.

Ein Arbeitervereinstlicher Unfall. Aus Kaiserlautern wird uns gemeldet:

Der Vorstand eines Arbeitervereins ist eine außerordentliche Persönlichkeit, namentlich wenn er zu gleicher Zeit Verhandlungsführer eines ganzen Regierungsbezirks zu sein die Ehre hat.“ Und so konnte sich auch das würdige Oberhaupt des „Vereins deutscher Arbeitervereine“ im vollen Glanze seiner Amtseigenschaft, die heute unendlich ein fürchterliches Ereignis das strahlende Gesicht in merkwürdiger Weise zu verdecken drohte. Starb da am Sonntag ein Mitglied des besagten Arbeitervereins, und schmerzlich empfand natürlich in den Tagesblättern — jenen, nicht in allen — sowie per Einladungskarte an die Angehörigen des Vereins die freundschaftliche Aufforderung, bei Beerdigung von 1 M. Strafe in vorfristmähigem Anzuge (Orden und Ehrenzeichen) sich an dem Beerdigungsbegängnis des verstorbenen treuen Kameraden zu beteiligen. Der Herr Vorstand legte seine schönsten weißen Handschuhe zurecht, der Hofgärtner am Plage erhielt Auftrag zur Verfertigung eines prächtigen Kranzes, natürlich mit schwarz-weiß-roter Schleife und der Aufschrift: „Dem treuen, unerschütterlichen“ An Begründung stand die ganze Schar der Waffenbrüder in Reih und Glied vor dem Vereinslokale angetreten, mit unforter Föhre, Rüst und Tambour an der Zede. Da plötzlich erscheint schwermütig und atemlos der Beerdigungsauf der Bildfläche und flüchtet dem Herrn Vorsitzenden etwas ins Ohr. Entsetzen malt sich sofort auf dem Angesicht des gestrengen Herrn, seine Aule schlottern, mit erschütterter Stimme erteilt er den Befehl, einstweilen „wegzutreten“, denn man denke sich, der Tote, der treue Kamerad und Mitkämpfer war — Sozialdemokrat, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins. Welches Bild, daß man von diesem Kapital-

Aber das Blättchen wandte sich sofort, als Hindeley sich betonnen sah, in der ihm eigenen Energie mit der mehr oder weniger goldenen Jugend der feudalen Spielclubs von damals anzubandeln und auch bei ihnen für Ordnung zu sorgen. Er hatte dazu den direkten Auftrag vom König bekommen, der die Spielgelage der Offiziere unterbinden wollte und die Entfernung zweier adliger Hauptspieler wünschte. Herr v. Hindeley getraute sich dem auch, in das Weipenest zu greifen und ließ eine mächtige Spielorgie des Jockeyklubs im Hotel du Nord unter dem Tinden aufheben. Das war man aber an die Unrechten gekommen. Die in ihrem Fein-Verpüßten schickten Junker drehten den Spieß um, schlugen Harn, streckten, boykottierten, machten Kammerdienerdienste und hatten auch die Gemüthlichkeit, daß der mit der Ausführung des Befehls betraute Polizeikommissar Damm strafversetzt wurde. Das genügte jedoch dem so schwer gekränkten Oberhaupt der adligen Spieler noch lange nicht. Es wurde eine Treibjagd gegen den waghalsigen General-Polizeidirektor unternommen und das Bild auch zur Strafe gebracht.

Das ging so zu: Hindeley hatte, um sich mit der kleinen aber einflussreichen Partei wieder zu stellen, zwei ihm interessierenden Herren, unter denen sich auch der Premierlieutenant, Ontschefter und Mitglied des Herrenklubs v. Kochow befand, die Ursachen des Vorganges gegen die adligen Spieler dargelegt und dabei auch die Namen der vom König bezeichneten Spieler, von H. und von S., genannt. Jetzt hatten die geärgerten Junker das Ende der Schlinge in der Hand und verknüpfen nicht, sie zuzugreifen. Den beiden Herren wurde die Sache wiedererzählt und diese forderten Hohenenschaft von Hindeley. Um dem König nicht bloßzustellen, leugnete dieser, — wie ja auch heute noch Kriminalbeamte, so führte der Staatsanwalt im Harmlosen-Prozess aus, das Recht haben, wenn es im amtlichen Interesse liegt, die Unwahrheit zu sagen. Herr von Kochow beschuldigte den Generalpolizeidirektor der Lüge, es gab einen Rattenkrieg von Verhandlungen und Beschwerden, die Boykottierung, die Kränkungen und Penignungen Hindeleys wurden in ein System gebracht, so daß dieser schließlich im Frühjahr 1856 sich genötigt sah, den Herrn von Kochow zum Vizepräsidenten heranzufordern. Charakteristisch ist, daß der König, der von allem wußte, nicht aus feiner Reserve heraustrat und den Ursprung der Affäre nicht aufklärte, um seinen getreuen Polizeidirektor zu retten.

Am Montag, den 10. März 1856, fand morgens in der Jungfernhöhe, unweit des damaligen Forsthauses Adigsdamm, das Duell statt, bei dem der über 50-jährige Polizeidirektor durch den 30-jährigen gewandten Pistolenschießen v. Kochow auf der Stelle erschossen wurde. Die Nachricht rief ungeheures Aufsehen in Berlin hervor. Die

Verbrechen des Verstorbenen noch in letzter Minute Kenntnis erhalten hatte! Was hätte andernfalls alles entstehen können? Wüßten sich diese bösen Geister in der Pfalz doch schon bei der Landtagswahl in merkwürdiger Weise breit. — Gottlob, der hatte seine Strafe, wenn auch nicht bei Lebzeiten, so doch noch im Tode erhalten. — Der tote Genosse aber wird auch ohne den Arbeiterverein eierlich zu Grabe getragen. Der Sozialdemokratische Verein folgte in-corporo seinem Sarge, auch der mit Widmung versehene Kranz fehlte nicht. Der Herr Arbeitervereins-Vorstand aber möge Gemüthlichkeit darin finden, daß er durch diesen bis jetzt in der Pfalz einzig dastehenden Fall sich in den Augen aller freigesinnten Männer unsterblich blamiert. —

Ausland.

Gemeinderatswahlen in Belgien.

Die Municipalwahlen haben am Sonntag in völliger Ruhe stattgefunden. In Brüssel gewinnen die Liberalen einen Sitz, den die Katholiken verlieren. Die Sozialisten behalten ihre Sitze. In den Vorstädten haben die Sozialisten einige Sitze gewonnen. Heverall, wo Liberale und Sozialisten einig waren, wurden die Katholiken geschlagen. In Antwerpen verlieren die Katholiken 7 Sitze, während in Mecheln die Liberalen von den Katholiken geschlagen wurden. In Lüttich gewinnen die Sozialisten zwei Sitze. Im Bassin du Centre haben die Sozialisten mehrere Verluste erlitten, wogegen sie im Bassin von Charleroi ihre bisherigen Sitze behalten. In Klost wurden die Anhänger des christlich-demokratischen Abbe Ducus von den Katholiken geschlagen. In Namur siegte die liberal-socialistische Koalition über die Katholiken.

Cesfreich-Ungarn.

Wien, 10. Oktober. Im gestrigen Ministerrate, der fünf Stunden währte, wurde beschloffen, Maßregeln anlässlich der morgen erfolgenden Aufhebung der Sprachverordnungen zu ergreifen. In Wien und Prag sollen große ezechische Demonstrationen wegen der Aufhebung der Sprachverordnungen stattfinden, weshalb die Polizei Anweisung erhalten hat, strengste Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.

Salzburg, 10. Oktober. Der hier abgehaltene deutsche Volkstag gestaltete sich zu einer persönlichen Kundgebung für die Einheit der Deutschen. Mit Ausnahme der Liberalen und Sozialisten waren Vertreter aller Parteien erschienen. Nachdem mehrere Redner die politische Lage besprochen, wurde beschloffen, dem Ministerrat gegenüber eine beobachtende Haltung einzunehmen, für die Aufrechterhaltung des Reichs-Volksschulgesetzes einzustehen, der katholischen Volkspartei wegen ihrer deutschfeindlichen Haltung das schärfste Mißtrauen auszudrücken und sich zu gemeinsamer Abwehr gegen die Liberalen zu vereinigen. Der am Sonnabend abgehaltene Kommerz vorlieb in animierter Stimmung. —

Frankreich.

Zum Kammer-Zusammentritt.

Wie berichtet wird, beabsichtigt die Regierung, nach Wieder-Zusammentritt der Kammer die Vertagung aller an-gesandigten Interpellationen bis nach den Budget-beratungen zu verlangen. Dagegen ist das Kabinett bereit, gleich bei Zusammentritt der Kammer eine Debatte über die Maßregeln, welche es während der Ferien angeordnet, anzunehmen. Wenn die Kammer die hierüber gemachten Ministererklärungen gut heißt, so wird das Kabinett die Einstellung des Budgets für 1900 und seine sofortige Beratung an die Spitze der Tagesordnung stellen, damit das Budget noch vor Ablauf des Jahres durchberaten wird.

Der sozialistische Abgeordnete Journiere hat dem Kabinettschef brieflich mitgeteilt, daß er ihn bei Wiederzusammen-tritt der Kammer über die Maßregeln interpellieren werde, welche er angesichts der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche in letzter Zeit in Schwabern und Waisenhäusern sich zugetragen, zu treffen gedenkt. —

Misserand in Lille. Aus Lille wird durch das Wolffsche Bureau telegraphiert: Minister Misserand, welcher hier zur Ein-nehmung einer Schule eingetroffen ist, wurde bei seiner An-kunft lebhaft begrüßt. Beim Empfang der Syndikate der repu-blikanischen Arbeitervereine im Stadthause sprach er sich über die Syndikate lobend aus und äußerte, daß dieselben bald eine unbefugbare Macht sein würden und daß sie das beste Mittel zur Veruhigung und Versöhnung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern seien. (Wir nehmen an, daß dieser letzte Satz die Meinung Misserands nicht richtig wiedergibt. Red. d. Vorw.).

Bei dem Empfang der Delegationen der Freimaurer-Logen erinnerte Minister Misserand daran, daß der Minister-präsident Waldeck-Rousseau einen Gesandtschaftsbesuch über die geistlichen Vereinigungen einbringen werde. Die Regierung, erklärte Misserand, wolle nicht die Vereinigungen verfolgen, aber sie werde nicht zugeben, daß unter der Maske der Religion

Junker aber bedauerten bei der ganzen Affäre nur ihren ehlen Hochan, der nun unannehmlichkeiten haben konnte. Das Herrenhaus, dessen Mitglied der gute Schiefer Hans von Kochow war, wurde am Tage nach dem Duell vom Präsidenten Hohenlohe mit folgenden Worten eröffnet:

Meine Herren! Ein sehr betrübendes Ereignis ist es, von dem ich Ihnen Mitteilung zu machen habe. Eins unserer edelsten Mitglieder ist in die traurige Lage gekommen, zwischen der Wahrung seiner Ehre und der Liebestretung der Befehle des Landes zu wählen. Er hat gewählt im ersten Sinne, und sich dann der Obrigkeit selbst gestellt. Wir können nur bedauern, den edlen Hans v. Kochow, der dem Trange der Umstände gefolgt, nicht unter uns zu sehen.

Der Name des getöteten Polizeidirektors wurde bei den er-suchten, edlen und gerechten Herren gar nicht genannt. Herr v. Kochow begab sich nach dem Duell auf die Kommandantur und durfte sich bis zur weiteren Verfügung in seine Wohnung begeben. Abends wurde er auf Gerichtsbesehl verhaftet, alsbald jedoch wieder freigegeben, weil ihn das Generalkommando, als unter den Militär-gesetzen stehend, reklamierte. Er erhielt die Erlaubnis, sich während der Untersuchung auf sein Gut Pleßow bei Potsdam zu begeben und wurde später vom Kriegsgericht zu vier Jahren Festung verurteilt.

Die Gemahlin des Gefallenen, Caroline v. Hindeley, erlich in der „Neuz-Zeitung“ eine öffentliche Dankagung für die Beweise der Teilnahme. Ihr gedrucktes Herz, so heißt es in der Erklärung, findet nur Trost im Hinblick auf Gott, dessen unerforschliche Wege gepriesen seien von Ewigkeit zu Ewigkeit.“ Diese fromme Danks, hinter die sich die Junker gesteckt zu haben scheinen, ist dann auch die Ursache der baldigen Freilassung Kochows geworden. Vom König war die Bequandigung nicht ohne weiteres zu erlangen; denn er war sehr ängstlich über die Hin-opferung seines Getreuen durch die rebellischen Junker. Und über das Protokoll des Kriegsgerichts hatte er zu seinem Adjutanten Leopold von Werlow geäußert, es zeige sich deutlich, daß alles ein Komplott zu Gunsten der Spieler sei. Da ging denn von der Witwe des Erschossenen — für die übrigens durch die Berliner Pöbse ein Kapital von 2000 Thalern gesammelt worden war — ein Bequandigungsgesuch beim König ein, und im März 1857, also ein Jahr nach dem Duell, wurde der edle Hans von Kochow aus der Festung Wladenburg entlassen.

Dies ist die Geschichte einer Harmlosen-Affäre aus den schlimmsten Reaktionsjahren. Mügen die Harmlosen von 1899 sich mit einer gelinderen Raue begnügen.

ein politischer Feldzug gegen die Republik geführt werde, und sie werde nicht erlauben, daß nicht autorisierte Gesellschaften, welche über Vermögen verfügen und es in verwerflicher Weise anwenden, sich dem Gehege entziehen.

Die Municipalität gab dem Minister Müllerand einen Ehrenpakt, bei welchem Müllerand eine Rede hielt, in der er sich beglückwünschte, daß er dazu habe beitragen können, der sozialistischen Partei einen Anteil an der öffentlichen Gewalt zu erwirken. Er habe seine schwierige Aufgabe übernommen, um den arbeitenden Massen zu zeigen, was die Republik für sie thun wolle und was sie für sie thun könne. Hierauf zählte Müllerand auf, was seit seinem Amtsantritt zur Verwirklichung dieses Gedankens geschehen sei, und schloß mit der Zurückweisung des Vorwurfs, die Sozialisten seien Utopisten und Männer der Gewaltthatigkeit und mit einer Aufforderung zur Zusammenarbeit. (Weisf.)

Laß schwagen!

Der Parteitag der Sozialdemokratie ist kein Diplomaten-Kongreß. Er ist dazu da, daß wir unter einander zur Klarheit und Einheit über die Wege und Mittel zum Ziele gelangen, und wir haben gar keinen Ehrgeiz, so zu reden, wie es unsern Gegnern gefällt. Wir suchen die Wahrheit, nicht als die Wahrheit, und darum dürfen wir keine diplomatische Rücksicht nehmen. Ebenso legen wir wenig Gewicht darauf, was die Gegner über uns sagen. Wir hören nur ein bißchen zu und wundern uns, trotz langer Gewöhnung, immer wieder darüber, wie unnselig doch all das ist, was über uns geredet wird.

Der publizistische Leierkasten der bürgerlichen Presse hat zwei Klänge auf der Walze, ein demokratisch-freistümliches und ein losseverantwortschamacherliches. Die einen erklären: „Ihr seid sie ganz genadert. Abgeschworen haben sie die grundsätzliche Nebenwahrung der kapitalistischen Gesellschaft, ausgegeben den proletarischen Klassenkampf. Noch ein kleiner Schritt und die Sozialdemokratie ist ganz bei uns, den Hütern der bürgerlichen Ordnung.“ Wir antworten auf die zarte Werbung, zur Bourgeoisie zu kommen mit der einfachen, klaren Aufforderung: Wenn die demokratischen, freistümlichen und national-socialen Leuten keine Unterschiede mehr zwischen uns und sich selber zu erkennen vermögen, ei, so mögen sie doch zu uns kommen; wir werden dann sehen, ob wir sie brauchen können.

Genau das Gegenteil versichern die Staatsstreicher der Reaktion, die unablässig von Gewalt, Unterdrückung und Blut träumen. Sie machen uns nach ihrem Willen und in den Wirren der Kanalangelegenheit ist es ihnen besonders bequem, das rote Gespenst zu züchten. Ob Bernstein oder Hablitzel — alle sind sie gleich in ihrem revolutionären Wüten, ein Raubgefindel, das auf die Zerschlagung aller Kulturgüter sinn. In Wahrheit ist den harmlosen Junkern unsere grundsätzliche, d. h. revolutionäre Nebenwahrung der kapitalistischen Anarchie sehr uninteressant; unser Endziel, an das diese ideallose Gesellschaft nicht glaubt, dient ihnen nur als Schreckmittel, zur Einschüchterung der Dummen und Feigen, zur Beeinflussung der Elemente, die ihrer maßlosen Selbstsucht dienen sollen. Was die Parteien in Wirklichkeit fürchten, ist unsere praktische Tagespolitik, von der sie eine Schädigung ihrer Interessen schmerzhaft voraussehen. Indem sie uns in aller Verlogenheit als Feind der Revolutionäre denunzieren, sind sie bemüht, unsere praktische Tätigkeit zu unterdrücken. Von der Revolution, für die sie im Innern nur Spott haben, reden sie, unsere heutige Arbeit, vor der ihnen ernstlich bangt, meinen sie. Die Verabsagung des Streikrechts um nur eine Mark ist ihnen wichtiger als aller Umsturz. In der Verleumdung unserer Zukunftsgedanken suchen sie unsere Gegenwehrmacht zu treffen.

Es ist bedauerlich, daß wir unter diesen Umständen von unseren Gegnern so wenig lernen können. Wir lassen sie schwagen und begnügen uns mit der Wiedergabe von ein paar Stichproben:

Die freisinnig-demokratische „Volks-Zeitung“, in der wir unseren auktorigsten Gegner schätzen, meint u. a.: „... der obliquen Beobachter des Antriebs steht die bemerkenswerte Erscheinung im Vordergrund, daß in der sozialdemokratischen Partei ein ungemein reges geistiges Leben pulsiert. Es gebelien in ihr die verschiedensten politischen Individualitäten, die Raum genug finden, ihre Kräfte zu entfalten. Es giebt keinen Parteipapst, der sich mit Klauen umgibt, um als Einer besser zur Geltung zu kommen.“

Der Artikel schließt: „Das Spiel mit dem revolutionären Gedanken, das in Hannover nicht vergessen worden ist, ist eben nur ein Spiel, und dem nach Lage der Sache schlechterdings kein Ernst werden kann. Und selbst in der Bebel'schen Resolution wird die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung zur Erreichung größerer politischer Macht, werden Kompromisse mit bürgerlichen Parteien nicht schlechweg als Lösungswege verworfen.“

„Die Alten“ sehen mißlich, auch wenn sie sich als Theoretiker hartnäckig dagegen sträuben, als praktische Parteimänner nicht so weit ab von Bernstein, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte. Nach unserer Auffassung hat die Sozialdemokratie gerade dem Umstand ihre Stärke zu verdanken, daß sie gelernt hat, mit der Welt in der Welt zu leben, zu rechnen und zu kämpfen, und in dem Umfang eine Reformpartei zu sein, in dem es ihr dormalen Gestalt ist. Und sie wird den herrschenden Klassen der Bourgeoisie um so weniger gefährlich sein, je verständiger sich diese darin zeigen, die berechtigten Forderungen des vierten Standes zu erfüllen. Jeder Versuch der Bourgeoisie, die sociale und die demokratische Entwicklung, nach der die Zeit drängt, mit den Anschauungen und Mitteln des feudalistischen oder des reinen Mandeseriums aufzuhalten oder zu hindern, wird die Sozialdemokratie in ihrer stolzen Geschlossenheit befestigen, und zwar in so hohem Maße befestigen, daß auch die schärfsten theoretischen „Kampfbogen“ über das Programm nur ein unschädliches Kongreßvergnügen bleiben.“

Die freisinnige „Volks-Zeitung“ behauptet, mit dem Verkauf des Parteitagess sehr zufrieden zu sein. Diese Hinte der Gegner wird uns nicht veranlassen, gegen unsere eigene hohe Zufriedenheit nicht zurück zu geben:

„Die sozialdemokratischen Massen hören nicht auf die Verleumdungen, die ihnen aus dem Munde der bürgerlichen Parteien zu teil werden; Scheitern, welche die Unhaltbarkeit der sozialdemokratischen Ansichten darthun, werden einfach verächtlich. Aber die Sozialdemokratie ist genötigt, Selbstkritik zu üben, und gegen diese kann sie ihr Ohr nicht verschließen. Eine solche Selbstkritik hat in umfassendem Maße Veranlassung in seinem Werke geübt, und an Selbstkritik haben es auch die Redner in Hannover nicht fehlen lassen.“

Je weniger die Sozialdemokratie sich durch ein feindseliges Verhalten der Behörden genötigt sieht, sich zur Abwehr von Angriffen zusammenzuschließen, je mehr man ihr Zeit läßt, über sich selbst nachzudenken, desto mehr hat sie Veranlassung, Selbstkritik zu üben. Leute, die in so übergründlicher Weise beharrten, wie es in Hannover geschehen ist, haben keine Reizung, Vorarbeiten zu bauen oder Verschönerungen zu machen. Es liegt im höchsten Interesse des Staates, nicht durch verächtliche Strafgesetze oder Ausnahmemaßregeln den geistigen Entwicklungsprozeß, der in der Sozialdemokratie begonnen hat, zu unterbrechen.“

Rosig sieht das ewig hoffnungsvolle „Berliner Tageblatt“ in die Zukunft!

Der Marxismus spielt bei dem rechten Flügel nur noch eine geschäftliche Rolle. Ihm ist der kollektivistische Zukunftsstaat in nebelhafte Ferne gerückt. Er will Reformen für die Gegenwart. Er deutet die marxistischen Formeln um. Die Sozialdemokratie ist somit in die nachlässige Periode der Strömung gekommen, die doch auch damit begann, daß man das Endziel, die Wiederkunft Christi und die Umwandlung aller Dinge, innerweltlich auffaßt. Man läßt Einigungs-

konflikte, wie früher in Ephesus und Nicäa, die die Gegensätze verkleinern sollen. Die sozialdemokratischen Dogmatiker wehren sich gegen den Fortschritt, können ihn aber nicht aufhalten. Die Opportunisten decken sich noch mit den alten Formeln wie die Kirchenväter, sie nennen sich noch revolutionär, aber sie denken das Wort, lassen das schwarze r weg und machen daraus evolutionär.“

Rechnlich träumt der national-social Zeitartiller der „Welt am Montag“:

„Die revolutionäre Form hat reformerischen Inhalt bekommen. Noch ist die Masse der Sozialdemokratie nicht für Bernstein. Aber einen größeren Erfolg konnte er nicht erträumen, als daß man ihn nach seiner schroffen Kriegserklärung an den Marxismus in der Partei beließ. So kann er denn in ihr weiter wirken. Und mit der Gewißheit, mit der richtige Gedanken sich immer in der Geschichte durchsetzen, kann man voraussetzen, daß seine praktische Reform ebenso über die revolutionäre Phrasen siegen wird, wie die vor 10 Jahren noch so verlegerte Bismarck'sche Kompromißpolitik diesmal bereits mit überwältigender Mehrheit über ein paar verbohnte Berliner und Leipziger gestieg hat, die noch immer nicht für den Landtag wählen wollten. Bernstein darf bleiben, darum wird er triumphieren.“

Wie anders müssen die von Stamm ausgehaltenen „Berliner Neueste Nachrichten“ urteilen:

„Selbst die bürgerlichen Anhänger einer sogenannten „Mauferung“ der Sozialdemokratie sind nach dem heutigen Parteitag etwas zweifelhaft geworden, ob die vermeintlich gemauerte Sozialdemokratie nun weniger gefährlich sei; man muß am Ende doch zugeben, daß ein Gebäude leichter umzuschieben ist, wenn erst seine Fundamente unterhöhlt sind, als so lange es noch auf festem Grunde steht.“

Die gefinnungsverwandte „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die nennlich die Miße der Sozialdemokraten gegen die Kanalrebellen aufreißt, schreibt:

„Mit Bebel waren Lieblincht, Mollenbühr und Kautsky darin einig, daß die alte Fahne hochgehalten werden müsse, ebenso das alte Programm, die alte Taktik, kurzum, daß die Partei bleiben müsse was sie war und ist: eine revolutionäre, die der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung den Krieg bis aufs Weis, bis zum Untergang erklärt. Und so wird es sein. Zwischen den „Lieblinchten“ vom Bebel'schen Schläge und den „Taktikern“ à la Bernstein können wohl heftige Redekämpfe und Meinungsverschiedenheiten entstehen, wie gegenwärtig auf dem hannoverschen Parteitag. Die offensichtlich revolutionäre Richtung kann wohl mit der verhärt revolutionären zeitweilig hart aneinandergeraten. Aber im Kern ihrer Seelen sind sie ganz einig und streben alle ohne Ausnahme demselben schönen „Endziel“ zu. Das zeigt auch der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Hannover deutlich. Eine Zerlegung dieser Partei in absehbarer Zeit oder gar deren „Mauferung“ zu einer friedlichen Reformpartei können nur noch ganz naive Genähter erwarten.“

„Was uns der Feind lehrt“, erzählt die „Voss“:

„Was an das Endziel reichen die Differenzen nicht heran. Für alle bleibt, wie Singer in seinem Schlusssatz hervorhob, der Grundton: Durch Einheit zum Ziel, zum Endziel der Sozialdemokratie! Geschlossen wird Front gemacht gegen das Bürgerthum und die bestehende Gesellschaftsordnung. Alle Differenzen verschwinden, wo es sich um die Bekämpfung der allen verhassten Institutionen von Staat und Gesellschaft handelt.“

Aus diesem Vorgehen des gemeinsamen Gegners sollten die staatsverhaltenden Parteien lernen, daß es auch ihre Aufgabe ist, unter Zurücksetzung kleinerer Meinungsverschiedenheiten fest zusammenzutreten in der Vertretung einer monarchischen und vaterländischen Politik. Dies gilt namentlich auch gegenüber der weiteren Belämpfung der Kanalvorlage, die ja voranschrittlich dem nächsten Landtage, wenn auch in veränderter Gestalt, wieder vorgelegt werden wird.“

Wie man sieht, sammelt Redlich unentwegt fort, und indem sie gegen uns legt, sucht die „Voss“ die unsfärzlerische Tätigkeit ihrer Leute vergessen zu machen.

In der edlen „Deutschen Tageszeitung“ sagt Certe:

„Zwei gute Wirkungen wird das hannoversche Votenspiel doch haben. Einmal wird der Unstille für einen „unbewußten Menschen“, einen politischen Trüdelig gehalten werden, der sich von dem Caprice des Mauferungs-märchens noch einlassen läßt. Wer nun noch — außer dem Genossen a. D. Stephany von der „Voss-Zeitung“, dem in dieser Beziehung mildernde Umstände zuzubilligen sind — von den Mauferungsmärgen sich dapiert, der verdient die spöttische Verachtung der Genossen in vollem Maße. Ferner wird die Regierung nicht umhin können, aus der Bebel'schen Rede die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Bebel hat zugestanden, daß die Sozialdemokratie auf Umsturz und Enteignung, auf mehr oder minder gewaltsame Umwälzung unserer Rechtsordnung hinarbeite. Eine Regierung, die eine solche Partei ruhig arbeiten läßt und als gleichberechtigt behandelt, untergräbt die Grundlagen ihrer eigenen Existenz.“

Zur Ablehnung des Alkoholtrags bemerkt der Schmutzian der „Deutschen Tageszeitung“:

„Am liebsten war Bebel, der sich ganz entschieden gegen die Anträge erklärte, weil er genau weiß, was die Partei dem Alkohol verdankt.“

Diese etelwaste Gemeinheit wird dem Blatt, so leicht ihm derlei Keuferungen im allgemeinen werden, in diesem Falle doch nur dadurch möglich, daß es alle Verichte über den Parteitag unterschlagen hat und statt objektiver Berichterstattung die Selbstfabrikation plumper Fälschungen billiger und wirksamer gefunden hat. Uebrigens ist nur eine Partei dem Alkohol zu Dank verpflichtet, die, welche die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt. Denn der Bund der Landwirte wird wesentlich mitgehalten durch die Fieseljunker und Schnapsmordbrenner Ostelbins — von den harmlosen Selbstkäufern ganz zu schweigen.

Mit dieser Probe moralischer Verkommenheit wollen wir einweisen unsere Citatensammlung beschließen.

Partei-Maßnahmen.

Totenliste der Partei. In Köln a. Rh. starb der Parteigenosse Wilhelm Nischel. Ein ehrentlicher Arbeiter, war er schließlich durch Maßregelungen aus seinem Verufe heraus und in die journalistische Laufbahn gedrängt worden. Er war erst als Berichterstatter für unser Kölnisches Parteiblatt thätig und trat später in die Redaktion ein, wobei er sich eine längere Gefängnisstrafe zuzog. Die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ betrauert in ihm einen braven und lieben Kollegen.

Polizeiliches, Geschäftliches u. s. w.

— **Moderne Staatsretter.** Große Erregung unter den Leidtragenden rief Sonntagmorgens das Vorgehen der Giebichensteiner Polizei bei dem Begräbnis des verstorbenen Genossen Albert Jahn hervor. Der Genosse Jahn war Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes und auch Vortrager bei der Turnabteilung des Arbeiter-Bildungsvereins, insofern sich zur Beerdigung eine erhebliche Teilnehmerzahl eingefunden hatte. Das Leichenbegängnis, dem ein rotes Banner mit der Aufschrift „Turnverein Freiheit, Turnabteilung des Arbeiter-Bildungsvereins“ vorausgetragen wurde, war angemeldet und bewachte sich durch mehrere Strafen bis auf den Friedhof. Jahn hatte aber der Bannerträger den Friedhof betreten, so schritt die Polizei ein und verbot das Weitertragen des Banners. Unter Protest der den Zug leitenden Personen wurden die Genossen gezwungen, das Banner zusammenzuliegen.

— **Zur Warnung.** Eine teure Jungferrede hielt im Februar dieses Jahres der Mechaniker Schönberg in einer Arbeiterversammlung in Frankfurt a. M. Er hatte sich zu dem Vortrage eine Broschüre von Voit zur Unterlage genommen, ohne zu bedenken, daß vieles,

was in der Broschüre steht, wohl richtig ist, aber nicht gesagt werden darf. Da Schönberg den Vortrag aus dem Gedächtnis hielt, so fiel der Vortrag vielfach noch viel schärfer aus. Der überwachende Beamte hatte sich die Rede stenographiert und so war ein ganzer Patentkugeln von Anklagen die Folge. Das Landgericht verurteilte ihn deshalb dieser Tage zu sechs Monaten Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts wird sich am Donnerstag mit dem Streik der Postamentiere beschäftigen. Die Arbeitgeber haben sich gestern bereit erklärt, mit dem Streikenden vor dem Einigungsamt zu verhandeln. Die Verhandlung findet im Gerichtsbau, Zimmerstr. 60/61, im Zimmer 7 statt und wird um 11 Uhr beginnen.

Die Petroleumkäufer der Norddeutschen Erdwerke in Rummelsburg, 40 Mann, befinden sich seit gestern im K b w e h r s t r e i k. Die Direktion will den Ausführenden einen Teil der Provision, die sie bisher erhalten, in Abzug bringen. Eine Kommission der Käufer wurde daraufhin am vergangenen Sonntag bei der Direktion vorstellig. Dieser wurde bedeutet, daß, wer mit der Neuregelung der Provision nicht zufrieden sei, einfaß gehen könne. Die Petroleumkäufer haben daraufhin am Montag früh einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Käufer Berlins werden ersucht, ihre im Kampfe stehenden Kollegen dadurch zu unterstützen, daß sie einstellende die Norddeutschen Erdwerke melden.

Die Streikenden sind fast sämtlich im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrarbeiter organisiert. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Arbeiterrecht. In Lüneburg wurde ein Zimmerer zu drei Tagen Gefängnis auf Grund des § 153 der R. G. O. verurteilt. Er hatte einem Kollegen den Verbandsbeschlus mitgeteilt, der dahin ging, für die arbeitswilligen Maurer keine Arbeiter zu liefern. Davon hatte er die Bemerkung gemacht: „Du kannst es halten, wie Du willst; wenn Du aber noch einen faulen Ehrgeiz im Leibe hast, weicht Du, was Du zu ihm hast.“ Wedwegen die Verurteilung, die auch von der Berufungsinstanz aufrecht erhalten wurde. Die Annehmung sei im gegebenen Falle eine Beleidigung des Angeklagten gewesen. Anerkannt wurde, daß im übrigen das Verhalten des Zimmerers nicht strafbar sei, denn die öffentliche Ordnung sei nicht gefährdet worden.

Das Urteil ist recht bezeichnend für die Anschauung, die in den herrschenden Kreisen und auch bei den Richtern über die Arbeiter obwaltet. Die fein ausgebildete „Standesehre“ der Offiziere, der Beamten findet selbst vor den Gerichtshöfen die gebührende Verachtung, bei der Aburteilung der Quelle z. B. häufig eine allzugroße. Erhebt nun auch der Arbeiter nicht den Anspruch auf eine besondere „Standesehre“, die doch häufig genug nur auf „Standeshäut“ hinausläuft, so hat er doch ein Lebensbewußtsein, Körpergeit. Es ist nun einmal in den Kreisen der Arbeiter als verwerflich, bei Streiks den Ausführenden in den Rücken zu fallen. Und dieser Widerwille gegen „Arbeitswillige“ ist vollumfänglich; handelt es sich bei Streiks doch nicht um „Ehrenhändel“ von der Sorte, wie sie häufig durch blutige Duelle ihre Entschädigung finden, sondern um die Erreichung einer höheren Lebenshaltung oder um die Aufrechterhaltung ihres wichtigsten Rechts, des Koalitionsrechts. Diese Ehrbegriffe im Arbeiter zu erlösen bezu. ihn dafür hart zu bestrafen, liegt wahrlich nicht im Interesse der herrschenden Klasse.

Von den christlichen Gewerkschaften. Unser Admet Korrespondent schreibt uns: Ich hatte Ihnen unter Benutzung eines Berichts der „Düsseldorfer Bürgerzeitung“ über eine Rede geschrieben, die der kasseler Arbeiterdirektor Giesberts in Düsseldorf gehalten hat. Wie Herr Giesberts erklärt, stimmt ein Satz mit dem von ihm Gesagten nicht überein. Seine Annehmung laute folgendermaßen: „Die spezielle Aufgabe der christlichen Gewerksvereine besteht nicht darin, den offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, sondern vielmehr darin, die wirtschaftlichen Missethate auf socialen Gebiete zu beseitigen, die einen so nachhaltigen Schaden für den Sozialismus bilden.“ Wie Giesberts weiter bemerkt, ist es ihm nicht eingefallen, den christlichen Arbeitern überhaupt, z. B. in den lutherischen (katholischen) Arbeitervereinen oder als Anhänger einer politischen Partei, die Aufgabe abzugeben, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, so oft und so weit dies nötig erscheint. — Durch diese Nichtstellung wird der sonstige Inhalt der Korrespondenz im „Vorwärts“ nicht berührt. Selbstverständlich kann man den Mitgliedern der christlichen Gewerksvereine nicht verwehren, daß sie außerhalb des gewerkschaftlichen Gebietes die Jughörigkeit zum Centrum oder zu einer anderen politischen Partei beizügeln.

Es geschah noch Wunder! In Dresden ist dieser Tage ein Maurer, der während des Maurerstreiks gegen den § 153 gesündigt haben sollte, vom Gericht freigesprochen worden; es war der erste Freispruch, der in den vielen Anklagen wegen des letzten Maurerstreiks erfolgte. Der Angeklagte sollte arbeitenden Maurern zugerufen haben: „Kommt nur auf einen anderen Bau, Ihr gottver... Gunde, dann schlagen wir Euch die Knochen kaput!“ Der Richter beschied, daß die Verurteilung so gefallen sei, die anderen Arbeiter hatten nichts gehört. Der Staatsanwalt stellte die Strafe in dem Ermessen des Richters. Nach kurzer Beratung erfolgte die Urteilsverlesung, die auf Freisprechung lautete. In der Begründung wurde bemerkt, daß durch die Anklage des Richters zweifellos festgestellt wurde, daß die Annehmung gefallen ist. Jedoch wurde angenommen, daß sie keinen ernsthaften Versuch einer Drohung darstelle, daß sie vielmehr lediglich eine im Unmut fallen gelassene Redensart sei.

Ein für Dresdner Gerichte sehr verständiges Urteil!

Der „freisinnige“ Stadtwagistrat Nürnberg, der bekanntlich pöhlischer ist als der Papst, hatte im vergangenen Sommer eine Gewerkschaftsversammlung verboten, in der Genosse Ohlen aus Kopenhagen über die Arbeiterausperrung sprechen sollte. Begründet war das Verbot damit, daß das Thema ein politisches sei und politische Angelegenheiten in Gewerkschaftsversammlungen nicht erörtert werden dürften. Auf die Beschwerde der Einberufer revidierte das bayrische Ministerium des Innern den Magistrat dahin, daß für das Verbot kein Anlaß vorgelegen habe. Der „Arbeiterfreundliche“ Herr von Schub nahm die Entschädigung mit den eleganten Worten zur Kenntnis: „das Ministerium ist halt anderer Ansicht wie wir.“ Er hätte sagen sollen: „Doch noch etwas freisinniger.“

Ausland.

Der Konflikt der Tischler in den sieben dänischen Provinzstädten ist nun durch den Entscheid eines Schiedsgerichts erledigt. Bekanntlich entstand die große dänische Arbeiterausperrung auf Grund eines Konfliktes im Tischlerfach in sieben dänischen Provinzstädten, weil die Gesellen einen Vergleichsvorschlag anzunehmen nicht annehmen wollten, der sie ungnädiger stellte, als die Gesellen an anderen Orten; aber schließlich waren sie auch dazu bereit. Beim Abschluß der Ausperrung wurde bestimmt, daß dieser Konflikt durch Schiedsgericht entschieden werden sollte. Dieses Urteil ist nun gefällt. Diese Entscheidung ist ein absoluter Sieg der Gesellen. Sie haben alles wieder erreicht, was sie im April vorigen Jahres verlangten und worum die große Arbeiterausperrung verhängt wurde.

Aus der Frauenbewegung.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Die Gemeindeverwaltung von Saint-Gilles in Belgien befolgt künftig nach einer kürzlich eingereichten Vorlage die von ihr angeforderten Beibräfte nach dem Grundtag: für gleiche Arbeit, gleiches Gehalt; also werden die Verkäuferinnen peduär ebenso gestellt sein, wie ihre männlichen Kollegen. Denselben Grundtag hat bereits die Verwaltung von Jette - Saint - Pierre in einer Sitzung im November 1898 angenommen.

Farbige Frauen. Vom 14. bis 16. August fand in Chicago die erste Jahresversammlung der nationalen Vereinigung farbiger Frauen statt, an der 144 Delegierte aus 16 verschiedenen Staaten teilnahmen. — Die Stimmrechtsvereinigungen des Staates Iowa lassen jetzt eifrig Petitionen einbringen, in denen von den gesetzgebenden Körperschaften für 1900 ein den Frauen günstiges Amendement zum Wahlrecht gefordert wird.

Zur Dienstbotenfrage bringt das „Womens Journal“ vom 8. September einen längeren Aufsatz von Prof. Mary Roberts Smith. Den Hauptgrund, weshalb so viele Mädchen die Arbeit in Geschäften und Fabriken dem häuslichen Dienst vorziehen, sieht die Verfasserin darin, daß die Mädchen in Geschäften und Fabriken eine bestimmte, abgegrenzte Arbeitszeit, dann aber volle Freiheit haben. Die Hausfrauen müßten eben lernen, die Arbeitszeit fest zu regeln, und dürfen die Dienstboten nicht mehr wie Dienende behandeln, die jeden Augenblick zu ihrer Verfügung stehen müssen, sondern in ihnen Angestellte sehen, die eine bestimmte Arbeit in einer bestimmten Zeit zu leisten haben, dann aber frei sind.

Soziale Rechtspflege.

Die Firma Vorig vor dem Gewerbegericht. Ein für Formel beachtenswerter Rechtsstreit kam dieser Tage vor dem Gewerbegericht zum Austrag. Der Formel Th. klagte gegen die Firma Vorig auf Zahlung von 88 M. Arbeitslohn, der ihm vorenthalten worden war. Es handelte sich um einen im Juni vorigen Jahres gegossenen Zylinder, der im August von der Drehbank heruntergeworfen wurde, weil die Bohrung ganz und gar verdröht war. Beim Zerlegen des Zylinders zeigte sich, daß der Ausflußler etwas schief stand. Hierauf stützte der Vertreter der Firma, Meister Haupt, seine Ansicht, daß der Zylinder Ausschuß sei. Das Gericht zog in Betracht, daß der Fehler sich erst beim Zerlegen gezeigt habe, und gab der Firma sowohl in diesem Falle unrecht, als auch in einem anderen, wo der Formel auf das Anfertigen des mangelhaften Kerns zweier Böden ohne Einfluß gewesen war. Die Firma wurde verurteilt, dem Kläger den verlangten Betrag ausbezahlen.

Höchst bedenklich müssen die Ansichten genannt werden, die der Vertreter der Firma Vorig bei dieser Gelegenheit vor Gericht zum besten gab. Als Herr Haupt nämlich auf das im Jahre 1897 zwischen Arbeitern und Unternehmern getroffene Uebereinkommen hingewiesen wurde, sagte er: „Was gehen uns die Abmachungen von 1897 an? Wir schreiben jetzt 1899 und überdies hat unsere Firma jetzt nicht mehr in Berlin, sondern in Regal ihren Sitz. Somit wird der ganze Kauf abgebrochen, in diesem Falle ist aber nur die Hälfte einbehalten worden, also ist die Firma noch sehr human vorgegangen.“

Das Gewerbegericht belehrt die Firma darüber, daß es über sein Wirkungsbereich und über das Halten von Verträgen wesentlich anders denkt als sie. Es bleibt bedauerlich, daß die Arbeiter, um nicht ihr Brot zu verlieren, trotz des Gewerbegerichts so manche Ungerechtigkeiten hinnehmen müssen.

Versammlungen.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag im Englischen Garten eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigte. Sie berichtet wurde, hat sich der Gesellenausschuß auf Grund der in der Versammlung am 2. Oktober angenommenen Resolution (mitgeteilt in Nummer 231 des „Vorwärts“) mit den Vertretern der Arbeitgeber in Verbindung gesetzt. Nach mehrfachen Verhandlungen ist zwischen den Vertretern beider Teile folgende Vereinbarung zu Stande gekommen: Die Arbeitgeber sind bereit, zu dem jetzt bestehenden Tarif für 12 Stunden Arbeit vom 1. März 1900 ab einen Zuschlag von 5 Proz. und vom 1. Oktober 1900 einen weiteren Zuschlag von 5 Proz. (zusammen also 10 Proz.) erlassend des „Gottner“ zu bewilligen unter der Bedingung, daß der Tarif im übrigen unverändert bleibt. Die Arbeitszeit bleibt hinsichtlich der Pausen und der Endzeit gleichfalls unverändert, nur wird vom 1. März bis 1. Oktober, entsprechend der verkürzten Arbeitszeit, statt um 7 Uhr erst um 7 1/2 Uhr mit der Arbeit begonnen. Vom 1. bis 31. Oktober endet die Arbeitszeit um 5 1/2 Uhr bei einständiger Mittagspause. Ueberstunden werden mit 20 Pf., Nachtstunden (von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) mit 40 Pf. Zuschlag, auch bei Accordarbeit, bezahlt. Diese Vereinbarung gilt zunächst vom 1. März 1900 bis 1. März 1902, sie gilt dann immer für weitere zwei Jahre, falls sie nicht drei Monate vor Ablauf von einer der beiden Parteien gekündigt wird. — Nachdem diese Vereinbarungen getroffen waren, hat der Obermeister an den Gesellenausschuß ein Schreiben gerichtet, worin er auf den in Leipzig gefassten Beschluß des Verbandes der Steinmetzen durch die Arbeitgeber angeknüpft worden sind, so sei er (der Gesellenausschuß) nicht in der Lage, zur Beilegung der dortigen Differenzen etwas zu thun. — In dem schlesischen Streitgebiet haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Ausständigen stattgefunden, die aber, wie in der Versammlung berichtet wurde, bisher noch zu keinem Resultat geführt haben, da die Angelegenheiten, welche den Streitenden gemacht wurden, zu unbedeutend sind. In Dresden und Borna ist, wie mitgeteilt wurde, eine Einigung zu Stande gekommen, bei der die Ausgepörrten einige Forderungen durchgesetzt haben. Nach einer kurzen Debatte über die Berliner Vereinbarungen wurden dieselben durch Annahme der folgenden Resolution gutgeheißen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Abmachungen, die der Gesellenausschuß mit der Meisterschaft am 7. Oktober getroffen hat, einverstanden. Sollten jedoch infolge des in Leipzig gefassten Beschlusses der Unternehmer noch Steinmetzen ausgepörrt werden, so beschließen sich die Berliner Steinarbeiter vor, auf Grund ihrer Eingabe, die noch auf dem Gewerbegericht liegt, das Einigungsamt auf neue anzurufen.“

Mit der Lohnbewegung der Bauarbeiter beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung derselben, die am Sonntagvormittag in Coburg stattfand. Rosa als Referent führt aus, daß man mit den Erfolgen der Bewegung zufrieden sein könne. Wo noch Kollegen zu ungünstigen Bedingungen arbeiten, sei dies ihre eigene Schuld. Die Kontrolle wurde vorgenommen auf 419 Bauten mit 4388 Bauarbeitern, davon waren im Lohn beschäftigt 3202, im Accord 1186. Der Lohn betrug auf 80 Bauten 50–55 Pf. pro Stunde, auf 200 Bauten 40 Pf., auf 82 Bauten 37 1/2 Pf., auf 53 Bauten 35 Pf. und schließlich auf 4 Bauten 32 Pf. Im Accord waren auf 90 Bauten 856 Kollegen zu dem tarifmäßigen Preis von 2,50 M. pro 1000 im Keller mit den entsprechenden Zuschlägen für höhere Etagen beschäftigt. Auf 22 Bauten erhielten 206 Kollegen 2,25 M. im Keller und auf 17 Bauten 105 2 M., auf 3 Bauten erhielten die Kollegen 2,75 M., also über den Tarif. Auf 18 Bauten, die mit Handwerkzeugen arbeiten, erhielten die Kollegen pro 1000 Steine 1,75 M. Auf 8 Bauten mit großen hölzernen konnte leider nichts festgestellt werden, weil dort die Kollegen jede Aussage verweigerten. Die Kommission hat zugleich sich mit den Verhältnissen der Putzertätigkeit beschäftigt und dabei festgestellt, daß 48 von diesen auf 19 Bauten beschäftigt wurden. Von diesen werden 43 tarifmäßig entlohnt, 15 erhalten 6,50 M. Ueber die Form der Organisation konnte festgestellt werden, daß 3100 Kollegen centralorganisiert seien, 302 gehören der Lokalorganisation an und 26 dem Verein Arbeiterzucht. Der Redner schloß seine Ausführungen, indem er ganz besonders auf die Wichtigkeit der Organisation hinwies. In der Diskussion wurden Einzelheiten von

der Baukontrolle geschildert und geklagt, daß die Bauarbeiter selber den Kommissionen die Erfüllung ihrer Pflicht vielfach erschweren, indem sie Auskünfte verweigern oder nur widerwillig geben. Es wird auch gewünscht, daß in Zukunft festgesetzt werde, ob und welcher Organisation die unter Tarif arbeitenden Bauarbeiter angehören, damit in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden könne. Wöttcher führt Klage über die Firma Richter u. Co., die den Plan des Gewerkschaftshauses übernommen habe und die entgegen ihren Verpflichtungen im Frühjahr — jetzt grundsätzlich keine organisierten Bauarbeiter mehr einstelle. Im in Zukunft jedem Bauarbeiter eine Norm zu geben, unter welchen Bedingungen er Arbeit anzunehmen hat, wird beschlossen. Daß die Forderungen der Bauarbeiter, welche die Versammlung vom 26. Juni als für die Bauarbeiter verbindend anerkannt, als Lohnsatz jedem Bauarbeiter gedruckt übergeben werden, gleichviel, ob der Bund dieselben voll und ganz anerkannt hat oder nicht. Angenommen wird auch folgender Antrag: Die Lohnkommission ist zu beauftragt, Material zu sammeln, in wie viel Fällen sich die Lokalorganisierten als Lohnrücker hingeben, damit dann eine spätere Versammlung darüber beschließen kann, ob die Lokalorganisation noch als eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation zu betrachten ist oder nicht.

Unter Verschiedenem teilt Rosa noch mit, daß die Rabigspänner über die Firma Schulz-Charlottenburg die Sperre verhängt haben; für Bauarbeiter ist die Firma Lagob gesperrt.

Die Brauereigenossen hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, in der Richter über die Ergebnisse einer Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche der Verband veranstaltet hat, folgendes berichtete: Von den an sämtliche hiesige Brauereien versandten Fragebogen sind 27 ausgefüllt worden. In diesen 27 Brauereien sind 800 Brauereigenossen und 172 Hilfsarbeiter beschäftigt. Die große Zahl der letzteren beweise, daß die Hilfsarbeiter von den Unternehmern als willkommene Lohnrücker betrachtet werden, denn ihr Lohn sei erheblich niedriger, wie der der Brauereigenossen. Wenn auch heute niemand mehr verlange, daß im inneren Betriebe nur gelehrte Arbeiter beschäftigt werden sollen, so müsse doch an der Forderung festgehalten werden: Gleicher Lohn für gleiche Leistung, damit nicht durch die Hilfsarbeiter die Löhne der Brauer gedrückt werden. Was die Arbeitszeit anbelangt, so ist dieselbe eine sehr verschiedene. In 17 Brauereien wird täglich 10 bzw. wöchentlich 62 Stunden, in 9 Brauereien 9 1/2 bzw. 57 bis 59 Stunden, in 1 Brauerei 8 1/2 bzw. 51 Stunden gearbeitet. Eine geregelte Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends herrscht nur in 18 Brauereien, während 9 Brauereien eine ganz unregelmäßige Arbeitszeit haben, welche in einem Falle von morgens 2 1/2 bis abends 11 Uhr, in anderen Fällen von 3 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, von 7 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags, von morgens 4 bis abends 6 Uhr, von morgens 6 bis abends 8 Uhr usw. dauere. Nur in vier Brauereien findet keine Sonntagsarbeit statt, in den meisten Brauereien wird der Sonntag zum Teil durch Schichtwechsel, sowie durch anjour in Anspruch genommen. Es werden auch Arbeiten am Sonntag ausgeführt, die durchaus nicht unangenehm sind. In manchen Mälzereien wird sonntags wie wochentags gearbeitet, nur in größeren Betrieben besteht die Einrichtung von Doppelschichten, acht Brauereien zahlen Monatslöhne, die sich in den meisten Fällen zwischen 115 bis 120 M. bewegen und nur in zwei Fällen 125 resp. 130 M. betragen. Die übrigen Brauereien zahlen Wochenlöhne, oft jedoch nur 28 M. anstatt der geforderten 30 M. Ueberstunden werden bezahlt in 7 Brauereien mit 60 Pf., in 16 Brauereien mit 50 Pf., in einer Brauerei mit 40 Pf. und in 8 Brauereien überhaupt nicht. Die Sonntagsarbeit wird pro Stunde bezahlt: in 3 Brauereien mit 70 Pf., in 10 mit 60 Pf., in 6 mit 50 Pf., in einer mit 40 Pfennig, in 3 nicht. Die meisten Betriebe zahlen — entgegen der Forderung der Brauer — die Sonntagsarbeit nicht besser, wie die Arbeit an den Wochentagen. Mit der Behandlung sind die Arbeiter nur in 9 Brauereien zufrieden, in den übrigen Betrieben wird über die Behandlung durch Braumeister und Bolderburden sehr geklagt. Bade-Einrichtungen, die aber oft recht ungenügend sind, giebt es nur in 18 Brauereien, während in manchen Betrieben nicht einmal eine Waschkübel vorhanden ist und die Arbeiter daher gezwungen sind, jähren nach Hause zu gehen. Die Umkle- und Schränke sind meist in traurigem Zustande. Von den 800 befragten Brauereigenossen sind nur 193 im Verband organisiert. Die vorstehenden Ergebnisse — so schloß der Referent — hätten erwiesen, daß sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien seit dem Jahre 1894 wesentlich verschlechtert haben. Es sei an der Zeit, etwas für die Verbesserung der Verhältnisse zu thun, wozu sei es aber notwendig, die Organisation zu stärken. Derselben Ansicht gaben die Diskussionsredner Ausdruck. Es wurde betont, daß man insbesondere für Regelung der Arbeitszeit und gänzliche Abschaffung der Sonntagsarbeit eintreten müsse. Andererseits wies man auch darauf hin, daß das Interesse der Brauer an der Organisation ein sehr geringes sei. In der Schlichtheitsbrauerei, wo die Koalitionsfreiheit der Arbeiter thatsächlich nicht beeinträchtigt werde, sei doch nur eine sehr kleine Zahl der Arbeiter organisiert. Die Forderungen der Brauer könnten natürlich nur durchgesetzt werden, wenn eine starke Organisation dahinter stehe. — Die Versammlung wählte eine aus fünf Personen bestehende Kommission ein, welche den Auftrag erhielt, das durch die Erhebungen gesammelte Material zu vervollständigen, auf Grund desselben bestimmte Forderungen aufzustellen und dieselben einer später einberufenden Versammlung vorzulegen, welche das Weitere zu beschließen hat.

Nixdorf, Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 5. Oktober in dem Apollo-Theater, Hermannstraße, eine Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Wollheim hielt einen Vortrag über „Die Lust, die wir atmen.“ Der sehr lehrreiche Vortrag führte eine rege Diskussion herbei. Unter Verschiedenem beschloß die Versammlung die Ausarbeitung eines Flugblattes und beauftragte hierzu den Vorstand.

Zur Berichtigung der Versammlung betreffs der Koffermacher, Tischler und Sattler, der im „Vorwärts“ vom Sonnabend, ersuchen wir auf Grund des Freigesetzes um Aufnahme folgendes: Der Punkt I (Lohn) 18–25 M. hat seine Richtigkeit. Der Punkt II. Der ausgelehrte Müller hatte am 1. Oktober 1898 angelehrt und als Anfangslohn nicht 15 M. sondern 16 M. erhalten und erhielt zuletzt 20 M. Der jetzt angelehnte Müller erhält ebenfalls als Anfangslohn 16 M. Der Punkt III die Namen aus dem Tierreich, dürfte wohl in der Phantasie der Gehirnen entstanden sein. Der Punkt IV: Betreffs der Reueiligkeit als Handwerker erhalten sie zwei Mann wöchentlich ein Hundst, außerdem wird die Werkstat alle Abend geheizt. Der Punkt V, Thiele ist überhaupt nicht entlassen worden, wenn derselbe nicht wiederkam, so war es sein freier Wille. Der Punkt VI, Barfisch hat überhaupt keine Forderung überreicht und ist wegen Mangels an Arbeit am 6. Oktober entlassen. Mit demselben hörten freiwillig auf: Vexob, Jester, Kelsch und Totenhansen, am 7. Oktober erschienen nicht wieder Müller, der Kontraktbrüder wurde und noch bis zum 14. Oktober zu arbeiten hatte, Höfig, Wieland, Gerde, Rönusz, und wurde uns mitgeteilt, daß die selben freilich, weshalb wählten wir bis 10. Oktober nicht, bis uns brieflich die Forderung der Gleichstellung im Krankengeldabzug und Kündigungsfrist gestellt wurde, die wir durch Schreiben an die Lohnkommission am 12. d. Mts. bewilligten. Die Forderung der 9 stündigen Arbeitszeit bewilligen wir nach unserem Verlangen. Bemühungen um Engagement an Arbeitskräften haben wir bis jetzt noch nicht nötig gehabt. Ferner wird der günstige Stand der Sache vielleicht Ende Dezember eintreten.

Einbrodt u. Kalb.

Der Krieg.

Die Nachrichten, die über die Operationen der beiden Streitmächte einlaufen, sind spärlich und unklar. In London herrschte darum schon am Sonntag große Besorgnis, so daß sogar das Gerücht aufstand, die Boeren hätten bereits die vollständige Herrschaft über Natal gewonnen. Es scheint vielmehr sicher zu sein, daß sich ein entscheidender Kampf um Ladysmith (siehe die Karte des Kriegsschauplatzes in der ersten Beilage) vorbereitet.

Ein Versuch der Engländer, einen Vorstoß zu unternehmen und den Boeren eine Schlacht anzubieten, ist missglückt. Schon letzten Freitag früh, so wird vom 15. ds. Mts. aus Durban (Natal) gemeldet, rückte eine große englische Truppenabteilung, aus Kavallerie, Artillerie und Infanterie bestehend, von Ladysmith aus in der Richtung auf Actonholmes (westlich von Ladysmith nach dem Tintwa-Bach zu, wo auch die Boeren lagern sollten, aus; auch die Dublin-Füsiliers, die mit der Wahn von Glencoe in Ladysmith eingetroffen waren, marschierten in derselben Richtung ab. Es kam jedoch zu keinem Gefecht, da die Boeren sich zurückzogen. Die Truppen blieben 10 Meilen vor Ladysmith stehen, mit Ausnahme der Dublin-Füsiliers, welche nach Glencoe zurückkehrten.

Ein weiteres Telegramm meldet jedoch, daß auch die Boeren auf dem Vormarsch nach Süden Kewcafile passiert haben. Danach könnte es mittlerweile bereits zu einem Zusammenstoß gekommen sein, jedenfalls steht ein solcher bevor.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben die Boeren bereits weitere Erfolge errungen. Die Stadt Mafeking ist gänzlich abgeschnitten worden; man fürchtet, daß sie von den Boeren erobert werden wird. Andere Boeren-Abteilungen haben zwischen Verburg und Kimberley die Bahnlinie besetzt und dadurch diese Orte ebenfalls isoliert. Eine Meldung des „Reuterischen Bureau“ vom Sonntag besagt: Nach einem hier unläufigen Gerücht hätte eine englische Truppe ein Corps der Boeren aus Transvaal, welches versuchte, sich mit den Boeren am Modderriver zu vereinigen, aufgehalten, und es hätte ein ernstes Gefecht bei Ephyfontein, im Süden von Kimberley, stattgefunden.

Die Afrikanerbevölkerung ist im höchsten Maße erregt und die Engländer fürchten, daß sie dem Gegner Vorstoß leisten werde. Die Regierung von Natal veröffentlichte einen Erlaß, der die Bevölkerung zur Treue aufforderte. Selbst im Ministerium der Kapkolonie scheint es zu kräftigen. Die „Daily News“ melden, der Gouverneur Milner habe am 13. d. M. das Kabinett zu einer Morgen Sitzung zusammenberufen, welche bei lebhafter Diskussion drei Stunden währte; wiederholt wurde gemeldet, daß Premierminister Schreiner von seinem Amte zurückgetreten sei. Inzwischen bespricht der Korrespondent der „Daily Mail“ auf Grund von Informationen aus maßgebendster Quelle die Wichtigkeit dieser Meldung.

Die „Times“ veröffentlichten in ihrer Abend-Ausgabe vom Montag ein Telegramm aus Kapstadt, wonach die Afrikaner in der Kapkolonie beschlossen haben, mit den Boeren gemeinsame Sache zu machen.

Truppenaufschub. Die Vorbereitungen zur Einschiffung von 14 Bataillonen des nach Südafrika bestimmten Armeekorps, einschließlich der ersten Division unter Lord Methuen, sind beendet. Die Einschiffungen beginnen am Freitag.

Die europäischen Mächte.

Paris, 16. Oktober. Wie bestimmt verlautet, wird noch vor Ende dieser Woche ein wichtiges politisches Ereignis erwartet. Die letzten Unterredungen, welche der russische Minister des Auswärtigen, Graf Murawiew, mit den französischen Ministern hatte, haben zu einem Einverständnis über die Transvaal-Angelegenheit geführt. Man erwartet, daß in der nächsten Woche die Verwirklichung dieser Vereinbarungen erfolgen.

Rom, 16. Oktober. (V. S.) Die Regierung verbietet die geplante Bildung eines Freicorps für Transvaal.

London, 16. Oktober. (W. T. V.) Eine große öffentliche Versammlung war heute nachmittags von dem Lordmayor in der Guildhall einberufen, um der Regierung die Zustimmung der City zu den südafrikanischen Politik kundzugeben. Die Mitglieder der City begaben sich im Zuge unter Vorantragung von englischen Fahnen und unter Abjuring der Fieber „Kale Britannia“ und „God save the Queen“ nach der Guildhall. Ein Beschlus Antrag wurde angenommen, in welchem dem Bedauern über den Krieg Ausdruck gegeben, aber der Regierung kräftige Unterstützung angeboten wird, in ihrer beharrlichen Forderung, daß allen wirren Massen gleiche Rechte zu teil werden. Während der ganzen Versammlung herrschte großer Enthusiasmus. Eine Abschrift der Resolution wird Lord Salisbury überhandt werden.

London, 16. Oktober. (W. T. V.) Ein heute ausgegebenes Blaubuch enthält die Depeschen über die Transvaal-Angelegenheit vom 8. September bis 12. Oktober. Die hauptsächlichsten Depeschen sind bereits bekannt. In einem der Telegramme appelliert das Ministerium der Kapkolonie dringend an die britische Regierung, dieselbe möge im Geiste großmütigen Entgegenkommens handeln, darin liege die einzige Hoffnung auf Vermeidung des Krieges. Die britische Regierung erwiderte hierauf, sie werde fortfahren, Transvaal jegliche Milderheit zu erzeigen, die mit der Wahrung der britischen Interessen vereinbar sei. Der Gouverneur von Natal richtete unter dem 8. d. M. an Chamberlain ein Telegramm, wonach sich die Zulus im Distrikt von Vryheid über schlechte Behandlung durch die Boeren beklagt und um eine Intervention Großbritanniens gebeten hätte. Der Gouverneur vertrat die Ansicht, die Eingeborenen im Distrikt von Vryheid würden sich im Falle eines Krieges gegen die Boeren erheben. Mehrere Depeschen des britischen Agenten in Pretoria weisen die gegen die britische Regierung erhobenen Beschuldigungen des Vertrauensbruchs zurück, indem sie darlegen, daß die Vorklagen, welche Transvaal am 19. August gemacht habe, in wesentlichen Punkten von demjenigen abwichen, welche der Staatssekretär der südafrikanischen Republik vorlegte und welche der britische Vertreter in Pretoria der britischen Regierung zur Erwägung unterbreitete.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 16. Oktober. (V. S.) Die „Frankf. Anz.“ meldet aus New York: In St. Domingo wurde eine Verschwörung entdeckt, die die Ermordung Jimenez bezweckte. Vier Generale wurden verhaftet.

Würzburg, 16. Oktober. (W. T. V.) Wie der „Würzburger Generalanzeiger“ meldet, fand bei dem Wittenberger Brückenbau ein Gerüchenssturz statt. Drei Arbeiter sollen tot, acht verwundet sein.

Wien, 16. Oktober. (V. S.) Die Gesamtkommission für die Weltausstellung 1905 hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Postiva betragen angeblich 700 000 Gulden. Besonders sind hiesige, böhmische und deutsche Bankinstitute beteiligt, doch sollen die hiesigen Bankinstitute ziemlich bedingt sein.

Wien, 16. Oktober. (V. S.) Der Mittwoch beginnenden Reichstagsession sieht man mit Spannung entgegen. Man erwartet gleich bei der Präsidentenwahl erregte Debatten, weil die Rechte der Linken nur die zweite Vicepräsidentenstelle zugesprochen will, um sich selbst die Leitung der Sitzungen aus in dem Falle zu sichern, wenn der erste Präsident verhindert ist, den Vorsitz zu führen.

Wien, 16. Oktober. (W. T. V.) Die „Wiener Zeitung“ wird morgen eine Verordnung veröffentlichen, durch welche die Sprachverordnungen mit allen Durchführungsvorordnungen aufgehoben werden.

Der Vorsitzende im Ministerium Graf Clary, der Leiter des Finanzministeriums v. Aniazolucci, der ungarische Ministerpräsident v. Szell und der ungarische Finanzminister v. Lufacz sind hier eingetroffen.

Paris, 16. Oktober. (W. T. V.) Der Gouverneur von Algier teilte dem Unterrichtsminister mit, daß nach den Nachrichten, welche am 15. September nach Annahab gelangten, die Expedition Roucaud-Lamb Egnar, wo sie den Sommer über sich aufgehalten hatte, verließ, um nach Agades zu gehen. 700 Einwohner von Agades verließen, der Expedition den Weg zu verlegen, unterwarfen sich jedoch nachdem sie in zwei Gefechten 35 Mann verloren hatten. Sie versorgten sodann die Expedition mit Ochsen und Zugvieh.

Sievers 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.



Der Kriegsschauplatz in Südafrika.

Der Krieg in Südafrika hat begonnen und es wird ein heißes Ringen zwischen dem reich- und geldgewaltigen England und den tapferen Boeren werden. In diesem Augenblicke dürfte eine Uebersichtskarte über die beiden Boerenstaaten Transvaal und Oranje-Freistaat, die in festem Bündnis zu einander stehen, nebst den angrenzenden Gebieten, welche das größere von uns gegebene Kartenbild von Südafrika ergänzt, den Lesern willkommen sein. In unserer beistehenden Karte sind die hauptsächlichsten Truppenaufstellungen der kriegsführenden Teile bezeichnet, so daß unsere Leser sich an der Hand derselben orientieren können.

Was die Aufstellung der Boeren anbetrifft, so umringen die Hauptstreitkräfte derselben den sámalen, nördlichen Streifen von Natal, der zwischen Transvaal und dem Oranje-Freistaat hineinreicht. Die Kommandos von Transvaal bedrohen Charlestown und Dundee, während im Oranje-Freistaat das Kommando von Harry-smith vom Vaurens-Bah aus operiert und Ladysmith angreifen wird. Der Vaurens-Bah liegt in der Südhälfte der Drakensberge, etwas südlich von Harry-smith. Dementsprechend haben die Transvaal-Boeren in der Nähe der an der Grenze gelegenen Eisenbahnstation Volksrust ein festes Lager bezogen, das durch drei Batterien schwerer Artillerie, zahlreiche Schnellfeuergeschütze und über 8000 Reiter verteidigt wird. Das ebenfalls die Grenze beherrschende Lager von Walkerstrom hat sich in den seit zwanzig Jahren andauernden Kämpfen als uneinnehmbare Feste bewährt. Die Oranje-Boeren haben ihrerseits zunächst die Bahnlinie, die von Durban (Natal) nach dem in ihrem Lande liegenden Harry-smith führt, abgesperrt, indem sie den wichtigen, 5500 Fuß hohen Vaurens-Bah besetzten, von dem aus sie den im englischen Ausfallwinkel, um Retocastle versammelten englischen Truppen die Rückzugslinie abschneiden können. Nach Meldungen aus Pretoria befehligt General Jan Kok, Mitglied der Exekutive, die Truppen an der Natalgrenze, General Cronje an der Südwestgrenze, General Schalk Burger an der Ostgrenze und General Malan bei Rustenburg.

An welchen Punkten die englischen Streitkräfte konzentriert sind bzw. zusammengezogen werden, geht aus unserer Karte deutlich hervor.

Jahres-Versammlung des Centralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich. Vorversammlung.

Hannover, 15. Oktober 1899.
Im Saale von Knidmeyer waren heute abend etwa 150 Delegierte anwesend, um die Tagesordnung für die morgige stattfindende Jahresversammlung des Centralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich festzusetzen.
Apotheker Steinmeyer-Leipzig eröffnete die Vorversammlung und begrüßte die anwesenden Delegierten und Gäste. Es sind dies die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Meister, Rolkenbühr, Fischer (Sachsen), und Stadthagen; außerdem Privatdocent Dr. Jastrów-Charlottenburg.

- Als Vorsitzender wird Apotheker Steinmeyer-Leipzig gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Paulsen-Hannover ernannt, zum Schriftführer wird Graf-Frankfurt (Arbeitnehmer) gewählt. Hieraus wird die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:
1. Bericht der geschäftsführenden Kasse über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre.
 2. Bericht über den internationalen Tuberkulose-Kongress zu Berlin vom 23. bis 27. Mai 1899.
 3. Bericht über die Ergebnisse der internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis und venerischen Krankheiten zu Brüssel vom 4. bis 8. September 1899.
 4. Die derzeitige Fürsorge für die Krankenkassenmitglieder und die Mängel derselben. Referent: Herr Dr. R. Friedberg-Berlin.
 5. Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Arbeitsnachweis. Referent: Herr Dr. Jastrów-Charlottenburg.
 6. Erläuterung der durch die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend bearbeiteten und im Saale ausgestellten graphischen Darstellungen.
 7. Bericht über die beabsichtigte Verarbeitung des Personal-Karten-Materials der Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend durch das kaiserliche Statistische Amt zu Berlin.
 8. Anträge verschiedener Orts-Krankenkassen auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, die in der Reihe der Paragraphen dieses Gesetzes zur Verhandlung kommen sollen.
 9. Wahl des Ortes der nächstjährigen Versammlung.
- Die Arbeitszeit soll von 9-1 und von 3 bis zur Beendigung der Tagesordnung dauern.
Damit schließen die heutigen Verhandlungen.

Hannover, den 16. Oktober 1899.
Hauptversammlung.
Den Vorsitz führt wie in der gestrigen Versammlung Apotheker Steinmeyer-Leipzig, ihn unterstützen Paulsen-Hannover und Graf-Frankfurt (Arbeitnehmer). Als Gäste sind heute außer den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion Meister, Rolkenbühr, Fischer-Sachsen, Stadthagen, Horn, der freisinnige Reichstags-Abgeordnete Fischel, Regierungsrat Dr. Klein vom Reichs-Versicherungsamt, Regierungsrat Liebrecht von der Alters-Versicherungsanstalt Hannover, Senator Pohle vom Magistrat Hannover anwesend.

Nachdem die eben genannten Herren kurze Begrüßungsansprachen gehalten haben, wird in die Tagesordnung eingetreten.
Den Bericht der geschäftsführenden Kasse über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre giebt Direktor Uhlmann-Leipzig. Die geschäftsführende Kasse ist die Ortskrankenkasse Leipzig. Ihre

Petition auf Verstaatlichung der Apotheken ist dem Reichsanwalt zur Erwägung übergeben worden. Es sind außerdem Petitionen auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes und Verschmelzung des Invaliditäts-, Unfall- und Krankenversicherungsgesetzes im allgemeinen eingereicht worden. Der Vorort hat sich weiter mit dem Antrag der Orts-Krankenkasse Frankfurt a. M. beschäftigt, eine allgemeine Statistik der einzelnen Kassen herauszugeben, hat die Frankfurter Statistik mit Interesse entgegengenommen, aber von der Ausführung des ganzen Planes Abstand genommen. Ehe diese allgemeine Statistik aufgenommen wird, sei es vorzuziehen, eine Statistik über Syphilis, Tuberkulose und Gefährlichkeit einzelner Geschäftsbetriebe vorzunehmen. In letzterer Beziehung ist der Vorort Leipzig bereits vorgegangen, er hat sich mit Vertretern von umgebenen Geschäftskolonien in Verbindung gesetzt. So können manche Kassen für ihre Entlastung wirken.

Dankerkorn-Leipzig berichtet sodann über den im Mai zu Berlin stattgehabten internationalen

Tuberkulose-Kongress.

Die großartige Besichtigung des Kongresses habe von dem großen Interesse genützt, das für die Bekämpfung der Tuberkulose vorhanden ist. Für die Krankenkassen waren besonders die Referate über das Heilstättenwesen von Interesse. Der Kongress habe den Krankenkassen eine Fülle von Anregungen gegeben. Leider vertrat einige Ortskassen den Lungenkranken gegenüber einen engberzigen Standpunkt. Eine Ausgestaltung des Krankenversicherungsgesetzes wie der ganzen Arbeiterversicherung sei noch vonnöten. Die Regierung müsse durch die Verhandlungen angeporrt werden, in der Weiterführung der Versicherungsgesetze nicht zu erlahmen. (Beifall.)

Im Anschluß an die Bemerkungen des Vorstandes über Familienfürsorge wird mitgeteilt, daß verschiedene Versicherungsanstalten auf das Krankengeld verzichteten, andere erheben nur die Hälfte, so daß wenigstens ein Teil des Geldes der Familie des Kranken zu gute kommen kann.

Landesrat Liebrecht-Hannover weist darauf hin, daß es notwendig sei, Lungenkranke so zeitig wie möglich den Versicherungsanstalten und den von ihnen unterhaltenen Heilstätten zu überweisen und nicht zu warten, bis der Kranke erwerbsunfähig werde. (Allseitige Zustimmung.) Die Versicherungsanstalt Hannover gewähre Bedürftigen das ganze Krankengeld zurück.

Von einer Anzahl Delegierten wird geltend gemacht, daß infolge der mangelhaften Familienfürsorge die Lungenkranke sich so lange weigern, in die Heilstätten zu gehen, als sie noch ein bißchen Erwerbsfähigkeit in sich spüren.

Dr. Friedberg-Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Versicherungsanstalten jetzt den Anforderungen nicht genügen können. Ein rechtzeitig gemeldeter Lungenkranker müsse meist längere Zeit warten, ehe er aufgenommen werden kann. Also sei der Bau von weiteren Lungenheilstätten von den Versicherungsanstalten zu fordern. (Allseitige Zustimmung.)

Bekämpfung der Syphilis.

Ueber die Ergebnisse der internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis und venerischen Krankheiten zu Brüssel vom 4. bis 8. September berichtet Dr. Richard Otte, Vertrauensarzt der Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend. Auf dem Kongresse habe die Frage der freien oder laziernen Prostitution eine größere Rolle gespielt. Der Kongress habe sich um der Prostitution Inhalt zu thun, für Verbot zweideutiger Schaustellungen und obfönen Litteratur, für Gründung von Mädchenheimen zc. ausgesprochen.

Anerkannt wurde auch, daß die Hungerlöhne, die an Arbeiterinnen gezahlt werden, wesentlich zur Vermehrung der Prostitution beitragen. Höchstens 600 M. verdienen die Mädchen, aber 850 M. seien bei beschleunigten Ansprüchen zum Leben nötig. Der Kongress habe sich auch ausgesprochen gegen die differentielle Behandlung von Syphiliskranken. Auf den Syphilisstationen sei die Behandlung der Kranken moralisch schlechter als in den übrigen Stationen, das müsse ausbessert werden. Unbemittelte Syphiliskranke müssen gratis behandelt werden. Ganz fehlerhaft sei die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, daß bei Geschlechtskrankheiten das Krankengeld entzogen werden kann. Die gleiche Bestimmung besähe noch in der Seemanns-Ordnung, Gesinde-Ordnung und im Handelsgesetzbuch. Dagegen habe das neue Invaliditätsgesetz erfreulicherweise auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Reduktion dieser Bestimmung befohlen. Der Schwerpunkt der Brüsseler Konferenz liege darin, daß dort eine Centralstelle mit Unterstützung der Regierung geschaffen sei, wo von Sachverständigen alles einschlägige Material über die Frage niedergelegt werden wird. So werde hoffentlich bald ein Erfolg in der Eindämmung der furchtbaren Völkervergiftung zu verzeichnen sein.

Zur Diskussion wird im Anschluß an den Bericht Dr. Otte's der Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig gestellt, die gesetzliche Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung von Vorunterstützung ausgeschlossen sei, zu streichen.

Kommissionsrat Ritsche-Gera meint, daß die Streichung der Bestimmung nicht notwendig sei, da es ja in das Belieben der Kassen schon jetzt gestellt sei, ob sie Vorunterstützung geben wollen oder nicht.

Gräf-Frankfurt a. M. tritt für Streichung ein. In den Großstädten werde Krankengeld gewährt, aber auf dem Lande, namentlich da, wo die schwarze Rutte das Regiment führt, werde eine Geschlechtskrankheit für unmoralisch gehalten.

Simanowski-Berlin legt den Hungerlöhnen namentlich in kaufmännischen Geschäften und dem Gastwirts-gewerbe entscheidende Bedeutung bei der Erforschung der Ursachen der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten bei. Er protestiert entschieden gegen die Forderung, daß die Krankenkassen in Fühlung mit der Sittenpolizei treten sollen. Das würde nur ein Spiegeltum groß ziehen. (Beifall.)

Abth-Verlin giebt zur Erwägung anheim, daß die Krankenkassen mehr Augenmerk auf die Wohnungen haben sollten und bei schlechten Wohnungsverhältnissen die Ueberführung des Kranken ins Krankenhaus anordnen. Er verweist auf die schlechten Löhne im Handelsgewerbe bis zu sechs Mark monatlich herab. Die Geschäftsinhaber nennen solche schlecht bezahlten Personen „Lehrlinge“. Es handle sich aber um Personen über 20 Jahre.

Von anderer Seite wird die Streichung der ganzen Bestimmung befürwortet, die auch die Entziehung von Krankengeld bei Schlägereien züht.

Würg-Stuttgart und Gräf-Frankfurt weisen auf die Vorteile frühzeitiger Spitalbehandlung hin.

Hof-Dachbedermeister Gieshüdt-Weimar hält gesetzliche Regelung der Angelegenheit für überflüssig, es genüge eine statistische Regelung in den einzelnen Ortskassen.

Der Antrag auf Streichung der Bestimmung wird fast einstimmig angenommen.
Der Vorsitzende teilt mit, daß Kommerzienrat Schwabe sich entschlossen habe, für die besten Arbeiten zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Syphilis Preise von je 500 M. auszusetzen. (Bravo!)

Herrn Schwabe soll eine telegraphische Begrüßung des Kongresses zu teil werden.

Fürsorge für kranke Klassenmitglieder.

Dr. Friedberg-Berlin spricht hierauf über die derzeitige Fürsorge für die Krankenlassen-Mitglieder und die Mängel derselben.

Der Redner führt aus: Die Krankenlassen-Bewegung braucht keine parteipolitische zu sein, müsse aber eine proletarische Bewegung sein. Ihr Ziel müsse sein, daß der proletarische Kranke nicht schlechter gestellt sei, als jeder andere Kranke. Der Kranke dürfe nicht noch unter seine eigene Klasse heruntersinken, wie das jetzt bei den Arbeitern der Fall sei. Mangelhaft seien vielfach die Statuten der Klassen, die Bestimmungen über Bewegung in freier Luft zc. zu allgemein. Der Kranke müsse individuell behandelt werden, dem einen sei die Bewegung in freier Luft dienlicher als Medizin. Die Statuten verlangten aber vielfach streng das Ruheableben während gewisser Zeit, stellen sonst sogar Strafen in Aussicht. Das widerstreite dem Interesse der Kranken. Zimmerluft und Stadtluft seien schädlich. Deshalb sollten die Krankenklassen dem Vorschlage der Doktoren Lenhoff und Waber näher treten, die an den Peripherien von Städten Krankenbaracken errichten wollen. Die Unterbringung im Krankenhaus sei noch nicht genügend entwickelt. Es sei gar keine Frage, daß die Krankenhausbehandlung die beste sei. Wüßte man aus finanziellen Gründen oft gegen diesen Grundsatz der Krankenhausbehandlung gestreift. Bei untern sozialen Verhältnissen habe der Kranke oft gar nicht Zeit, krank zu sein. Der Angestellte habe jetzt oft gar nicht die Freiheit, irgend zum Arzt zu gehen. Im neuen Gesetz müßten die Prinzipale verpflichtet werden, diese Erlaubnis zu erteilen. In den Klassenvereinigungen fürchte man das Simulantenum. Diese fürchte sie aber übertrieben. Er habe eine bessere Meinung von der Arbeiterklasse. Wenn nachgewiesen werde, daß er die Klasse geschädigt habe, werde als chelos gebrandmarkt.

Die Krankheiten treten nicht plötzlich auf, sie können auch nicht auf einmal wieder aus dem Körper hinausgetrieben werden. Die Ernährung sei das wichtigste bei der Verhütung und Heilung von Krankheiten. Bei dem heutigen Verhältnis zwischen Arzt und Klassenverwaltung komme es häufig vor, daß der Arzt auf seinen Forderungen nicht bestehe. Deshalb sei es nötig, durch die Statuten dahin zu wirken, daß der Arzt besonders für gute Ernährung, durch Milch zc. Sorge. Kommissionen wie die Berliner Central-Kommission, wo Klassenvereine und Komitee gemeinsam beraten über alle Maßnahmen, seien deshalb sehr nützlich. Mißstände seien auch in der Regelung des Krankengeldes hervorzuheben. Im Anfang habe das Gesetz nur den Wert einer erweiterten Armenpflege gehabt. Aufzufüllen sei die Forderung, daß die Höhe des Krankengeldes mindestens die Höhe des Lohnes erreichen müsse. Der Kranke brauche mehr als der gesunde. Auch hier fürchte er kein Simulantenum. Jetzt sei das Krankengeld durchgängig zu niedrig. Die niedrige Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns sei das Kreuz des ganzen Krankentums. Der Tagelohn sei so niedrig gestellt worden im Interesse des Unternehmertums. Der einzelne Arbeiter werde gern etwas mehr zahlen, dem Arbeitgeber sei eine Erhöhung natürlich unangenehm. Aber die deutsche Industrie sei in der Lage, eine höhere Belastung auf sich zu nehmen. Der Arbeiter müsse im Interesse der Kultur seiner jehigen Bedürfnislosigkeit entlohnt werden, er müsse an höhere Beiträge gewöhnt werden. Ueberall, wo der ortsübliche Tagelohn niedriger festgesetzt sei, als den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, müsse er erhöht werden. Das Krankengeld müsse so erhöht werden, daß das zukünftige halbe Krankengeld ungefähr dem jetzigen ganzen gleichkomme.

Für Wöchnerinnen bestehen ja gesetzliche Bestimmungen, aber für die Zeit der Schwangerschaft nicht. Eine dahingehende Erweiterung der Bestimmungen sei wünschenswert. Der Krankenschwund müsse in intensiverer Weise erfolgen. Die Klassen, die über 26 Wochen Krankengeld gewähren, sollen lieber die Zahl der Wochen vermindern, aber in der kürzeren Zeit höheres Krankengeld zahlen. Die weitere Fürsorge liege ja gesetzlich anderen Institutionen ob. Besser sei es, schon während der ersten drei Tage Krankengeld zu zahlen. Diese Bestimmung verändere oft frühzeitige Krankmeldung. Auch die Bezahlung der Sonn- und Festtage empfehle sich.

Die Invaliditätsanstalten seien leistungsfähiger als die Krankenklassen, diese müßten möglichst schon von der 13. Woche an eintreten. Die Versicherten müßten selbst mehr herangezogen werden. Es bestehe jetzt keine Fühlung zwischen Verwaltung und Versicherten. Den Versicherten müßten hygienische Vorträge gehalten werden, es müßten lehrende Schriften herausgegeben werden.

Der § 46 des Krankenlängengesetzes beschränke das Vereinigungsrecht der Krankenklassen. Die Verlesung hier tage eigentlich widersprüchlich und die Herren vom Reichs-Versicherungsausschuss mit den übrigen Behörden unterstützten diese Widersprüchlichkeit und seien Mißgünstige, weil sie das Tagen hier noch gefördert haben. (Heiterkeit.) Die ganze Tendenz der Zersplitterung der Organisationen sei kein Meisterstück der Gesetzgebung gewesen. Diese Zersplitterung müsse aufgehoben werden. Eine Vereinigung proletarischer Kräfte dürfe von der Regierung nicht gefördert werden. Auch eine Erweiterung des Kreises der Versicherten sei empfehlenswert. Dienstboten, Hausindustrielle und landwirtschaftliche Arbeiter müßten in den Kreis der Versicherten einbezogen werden. Die Krankenklassen würden dadurch belastet, daß wegen Krankheit entlassene Dienstboten Fabrikarbeiterinnen, kranke Landarbeiter Industrie-Arbeiter werden.

Redner macht den Berufsvereinigungen den Vorwurf der Fiskalität und schließt mit dem Wunsche, daß bei einem neuen Krankenlängengesetz die Arbeiterschaft ausreichend gehört werde. Die Verwaltungen müßten zu entscheidender Mitwirkung herangezogen werden. Er nehme den Antrag des Berliner Kongresses der Orts-Krankenklassen wieder auf, die Central-Kommission möge eine Denkschrift ausarbeiten unter Mitwirkung der Delegierten von Krankenklassen aus Städten über 50 000 Einwohner. (Lebhafter Beifall.)

Regierungsrat Klein bemerkt zu der Bemerkung des Vordredners über die Widersprüchlichkeit der Zusammenkunft, daß er der Versammlung auf Befehl seines Chefs beizuhören und deshalb schon genügend gedenkt sei. (Heiterkeit.) Herr Dr. Friedberg habe wohl auch zu schwarz gemalt, denn seines Wissens seien der Vereinigung von Krankenklassen noch nie Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. (Widerspruch.)

Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

Tokales.

Die Parteigenossen, welche sich an der Flugblatt-Verteilung im 33. Kommunal-Wahlbezirk beteiligen wollen, werden ersucht, sich Mittwochabend 7 1/2 Uhr bei Emil Schmidt, Tresdowstraße 21, zu melden.

Die für den heutigen Dienstag angelegte Flugblatt-Verteilung im 33. Kommunal-Wahlbezirk findet nicht statt, da der Stadtverordnete Baumgarten sein Mandat behält.

Zur Stadtverordneten-Wahl.

Der Kampf um die Mandate zur Stadtverordneten-Versammlung ist im Gange. Auch diesmal war es wieder die socialdemokratische Partei, welche als erste auf dem Kampffeld erschien. In zehn öffentlichen Versammlungen der Kommunalwähler III. Abteilung wurde beschlossen, den Kampf in allen Wahlbezirken der III. Abteilung aufzunehmen und zu einem möglichst siegreichen Ende zu führen. Die Kandidaten sind ernannt. Es sind Männer, welche, des vollen Vertrauens der werkschätigen Bevölkerung würdig, entschlossen sind, den Kampf für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auch in der Stadtverordneten-Versammlung zu führen, so zu führen, wie es wirklichen Volksvertretern ziemt.

Um zu den gesteckten Zielen zu gelangen, um eine möglichst weit gehende Verhinderung der socialdemokratischen Fraktion im

roten Hause herbeizuführen, bedarf es der rastlosen Tätigkeit aller Parteigenossen. Die rechte Agitation muß entfaltet werden, nicht nur in Versammlungen und durch die Presse, sondern überall, wo Arbeiter mit Arbeitsgenossen zusammenkommen. Leider ist die Zahl der Indifferenten, denen jedes Verständnis für öffentliche Angelegenheiten fehlt, selbst dann, wenn es sich um die Wahrung und Förderung der wichtigsten Interessen der arbeitenden Bevölkerung handelt, auch in Berlin noch eine allzu große. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen. In den Kreisen der Gleichgültigen und Denkschwachen muß die Agitation am intensivsten betrieben werden. Diese Elemente aber sind schwer dazu zu bewegen, eine Versammlung zu besuchen. Hier muß die Hausagitation, die Agitation von Mund zu Mund, das Erforderliche thun, um die Gleichgültigen aufzurütteln, sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen. Noch heute ist der Unverstand der schlimmste Feind der vorwärtsstürmenden Socialdemokratie. Ihn zu bekämpfen und zu überwinden ist ein schweres Stück Arbeit und demnach die heiligste Pflicht jedes überzeugungstreuen Parteigenossen. Die Ferdinand Lassalle einst den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurief: „Halte jede Woche für eine verfehlt, in der nicht jeder Einzelne von Euch dem Verein ein neues Mitglied zuführt“, so rufen wir den bewährten Parteigenossen zu: Halte jede Woche für eine verlorene, in der nicht jeder von Euch einen neuen Wähler für die Socialdemokratie gewonnen hat! Agitiert und werbt neue Anhänger der Partei.

Auch die Frauen, die ja leider auch bei den Kommunalwahlen kein Stimmrecht besitzen, sind berufen, in die Wahlagitation zu Gange zu bringen. Die socialdemokratischen Kandidaten thätigst einzugreifen. Sie, die mit so vielen kleinen Geschäftslenten in Verkehr stehen, denen sie die sauer verdienten Arbeitergroßen hinstreichen, sie mögen in diesen Kreisen für Aufklärung sorgen und für die Wahl socialdemokratischer Stadtverordneten nach Kräften wirken.

Wenn so auf diese Weise jeder seine volle Schuldigkeit thut, wenn das Verständnis für die Notwendigkeit der Wahl socialdemokratischer Stadtverordneter in immer weiteren Volksschichten wachgerufen wird, dann wird auch der 6. November, der Tag, an dem die III. Wählerabteilung die Kommunalwahlen zu vollziehen hat, für die Berliner Socialdemokratie ein Tag des Sieges werden.

Verfälschter Kommunal-Freisinn. Die Angst vor der Socialdemokratie treibt die freisinnigen Kartellmeister immer mehr zu den in der Hand der Frownsold und Rehnert stehenden Praktiken. Das Komische ist bei dieser Selbstentmannung nur, daß die offenen Reaktionäre, die antisemisch-konserverativen Bürgervereine, sich für zu anständig halten, um die ihnen von auch liberaler Seite dargebotene Hand zu ergreifen. Vielmehr ist, wie die „Volks-Zeitung“ mittelt, dem Kartell mit der Projektionskammer eine so kräftige Abgabe gegeben worden, daß die Kartellisten vor Scham ins Kniefeld kriechen müßten, wenn ihnen überhaupt noch so etwas wie Selbstbewußtsein eigen wäre. Da diese Eigenschaft aber auch in bestimmten Kreisen des Kommunal-Freisinn zu den Erinnerungen an vergangene Tage gehört, so quillt die Kartellbrüder mit nicht als einem Ausdruck des „Bauern“ über den von den Antisemiten empfangenen Fußtritt. In einem Aufsatz der Herren heißt es:

„Da es sich bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen vor allen Dingen darum handelt, daß sämtliche bürgerliche Parteien ihre Front geschlossen gegen die Socialdemokratie lehren, so war außer den obengenannten Vereinen auch der „Konservative Bürgerverein“ zu einem gemeinsamen Vorhaben aufgefordert worden. In unserem Bedauern hat derselbe eine Einigung mit uns abgelehnt und schon vorzeitig Kandidaten nominiert, welchen wir unsere Zustimmung nicht geben können. Wir greifen zur Vertretung des Stadteils keine Parteipolitiker, sondern Männer, denen, als Anhänger der freien Selbstverwaltung, das Wohl der Stadt höher steht, als ihre Parteipolitiker, und welche der Socialdemokratie gegenüber Aussicht haben, von allen Parteien gewählt zu werden.“

Sowohl Selbstüberwindung ist beinahe übermenschlich. Wir haben den auch-Freisinn nie zu hoch eingeschätzt; aber daß er sich so weit herunter dringt, ist auch uns neu!

Die Angst vor dem Zukunftsstaat. Die in unserem dritten Artikel über das socialdemokratische Kommunalprogramm angeführten Wahrheiten sind sowohl Herrn Eugen Richter als auch dem in diesem Falle Arm in Arm mit ihm marschierenden Stumm-Jedlitzki recht unangenehm. Es ist ja gewiß nicht erfreulich, von den leidigen Thatsachen zu vernehmen, daß tausende Proletarierkinder mit leerem Magen in die Schule kommen, daß viele Mütter, die in der Fabrik frohden mühen, keine Zeit haben, sich um die Pflege ihrer Kinder zu kümmern, daß die Gemeinde diesen Unglücklichen mit leeren Händen und leeren Herzen gegenübersteht und daß selbst das vielberühmte „Geigent“ an Schulgeld, das sie dem Gemeindefiskus in Höhe von 62 Mark jährlich giebt, vermindert vor den 117 Mark, die denselben höheren Schülern in den Schoß geworfen werden. Während Herr Richter sich um diesen Unannehmlichkeiten gegenüber als Rechnungsoffizier ausstülft, indem er beweist, daß allein die Speisung armer Schüler jährlich neun Millionen Mark kosten würde, kommt die „Post“ mit anderen Argumenten:

„Den Herren Eltern, die ohnedies schon kein Schulgeld zu bezahlen haben, soll dadurch die Sorge für ihre Kinder vollkommen abgenommen werden. Wir zweifeln daran, daß ordentliche Mütter damit einverstanden sein könnten; solchen Eltern aber, denen Berantwortungs- und Familiensturm überhaupt abgeht, die ihnen lästige Fürsorge für die eigenen Kinder abzunehmen, liegt nicht der geringste Anlaß vor. Ein recht großer Teil der solchen Eltern erparten Ausgaben, die für den Stadteil neun Millionen repräsentieren würden, würde ja doch nur in die Kneipen wandern.“

Die „Post“ verwechselt offenbar die Sittensankunft, die in Arbeiterkreisen herrscht, mit der Moral des Klubs der Harmlosen. Selbst die Kreise, denen der Staat alljährlich Millionen und Abermillionen an Liebesgaben zuschickt, werden im Durchschnitt kaum so demoralisiert sein, daß das Scharfmacherblatt von deren Gebahren unbedeutend auf das der Arbeiter Schlüsse ziehen könnte.

Ein deutsches Kolonial-Museum ist im Gebäude des früheren Marine-Panorama, unweit des Bahnhofs eröffnet worden und dem Publikum seit Sonntag zugänglich. Der Ausdruck „Museum“ darf jedoch nicht irren führen. Denn es handelt sich lediglich um das geschäftliche Unternehmen einer Aktiengesellschaft, deren Mitglieder an dem Geschäft in den Kolonien mehr oder weniger interessiert sind. Das Geschäftsmäßige des Unternehmens spricht sich auch darin aus, daß für den Eintritt 50 Pf., für Garderobe 10 Pf. bezahlt werden müssen und daß der „Führer“, ein kleines Heft von 5 1/2 bedruckten Seiten, mit 30 Pf. berechnet wird.

Leider kann man nicht sagen, daß die nachfolgenden Genüsse den prämonierenden zu entgegenen Beiträgen entsprechen. Der weite Innenraum des Panoramagebäudes ist in zwei Etagen geteilt, jedoch so, daß die obere Etage nur aus einer rings an der Wand hinlaufenden Galerie besteht und das vom Dach ausgehende Oberlicht auch in die unteren Räume fällt.

Oben sowohl wie unten sind einige von den Malern Hellgreve und Harder recht hübsch, wir möchten sagen zu hübsch ausgeführte Dioramagemeinde zu bewundern, die Zeugnis ablegen sollen von den landschaftlichen Reizen der deutschen Kolonien. Und dieser Zweck ist denn auch vollkommen erreicht worden. Im Erdgeschoß finden wir Bilder von Kamerun und einer Gegend in Deutsch-Südwestafrika, auf der darüber liegenden Galerie Ansichten von Neu-Guinea, ein Seestück aus dem Bismarck-Archipel mit den jüngst erworbenen Karolinen im Hintergrunde, eine Straße aus Kamerun und ein Küstenbild von Deutsch-Ostafrika. Das letztere Bild namentlich zaubert uns eine liebreizende Gegend hin. Der Strand prangt in blühender Vegetation und ist mit zahllosen

schimmernden europäischen Häusern überfüllt. Die Reizlichkeit von Deutsch-Ostafrika mit einer italienischen Landschaft muß man jedem in die Augen fallen und das Bild würde daher auch recht gut unter der Bezeichnung „Kapitel von der Seeleite“ gelten können.

Daß die Ausstellung auch manches Lehrreiche und Interessante enthält, soll nicht bestritten werden. Zahlreich sind die Waffen-, Werkzeug- und Geräteausstellungen in den einzelnen Abteilungen. Auf der Galerie interessiert ein aus Neu-Guinea stammendes großes schiffgedecktes Eingeborenenhaus mit überhängenden Giebeln und buntem bemalten Matten an den Wänden. Eingeborenenfahne in Original-Exemplaren, Fischereigeräte sind ebenfalls in mehreren Abteilungen vertreten. Sehr reichhaltig ist die Ausstellung der evangelischen Mission; neben der ausgelegten Missionsliteratur findet man hier zum Beispiel eine Anzahl Hefte mit den Schreibübungen der jungen schwarzen Christen. Auch das Reichs-Marine-Museum in dieser, der deutschen Ueberseepolitik gewidmeten Ausstellung natürlich vertreten, und zwar hauptsächlich durch Schiffmodelle. Zu erwähnen ist endlich noch die im Erdgeschoß gelegene chinesische Abteilung, die eine Menge von Gegenständen des täglichen Gebrauchs unserer neu-gewonnenen gelben Brüder enthält, wie allerlei Werkzeuge, Gewänder, Säbten, Fuhrwerke, bunte Aufhängeschilder und vieles dergleichen.

Der geschäftliche Charakter des Unternehmens tritt klar zu Tage in zwei großen rechts und links vom Eingangs-Vestibül gelegenen Sälen, die lediglich der Bekanntschaft für die Firmen dienen, die ausgestellt haben, und deren einer Ausfuhr, deren anderer Einfuhrprodukte enthält.

Wir möchten nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das, was wertvoll ist in diesem „Museum“ der Aktiengesellschaft für Kolonialpropaganda, im Museum für Völkerkunde viel besser und umso ausführlicher studiert werden kann.

Die Bedeutung des elektrischen Automobilbetriebes für die Verkehrsverhältnisse von Berlin kam in der letzten unter Vorsitz des Stadtelektrikers Dr. Kallmann abgehaltenen Sitzung der Bezirksjury der Internationalen Motorwagen-Ausstellung zum Ausdruck. Es wurden die Preise für die am 28. September stattgehabte Wettfahrt der Elektromobile verlesen, welche über eine Strecke von etwa 33 Kilometer unter Zeitnahme von acht elektrischen Automobilen, von den leichtesten, nur etwa 700 Kilo schweren Vehikeln, bis herauf zu schweren Railcoachs mit etwa 8000 Kilo Gewicht stattfand. Die Fahrt umfaßte Steigungen bis etwa 8 Proz. und wurde ferner mit den drei im Sorort- und Stadtverkehr vorkommenden Geschwindigkeiten von etwa 12, 18 und 26 Kilometer pro Stunde gefahren. Auf Grund der genauen, während der Fahrt vorgenommenen Messungen der Zeit, des elektrischen Stromes und der Spannung wurden die Preise nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Steigungen, ferner der maximalen Geschwindigkeit und der Wirtschaftlichkeit, d. h. des Stromverbrauches, unter den verschiedenen Geschwindigkeiten verteilt, und zwar wurden für die vier besten Leistungen zwei Ehrenpreise und ferner die goldene und die silberne Medaille des Mitteleuropäischen Motorwagenverkehrs verliehen.

Wegen des Ueberhandnehmens der sogenannten Besohlanstalten wollen die Berliner Schuhmachermeister Maßnahmen ergreifen. In manchen Zirkeln sollen schon vier bis sechs solcher Schnell-Aus-besserungsanstalten zu finden sein, die durch ihre billigen Preise Kunden anlocken. In der letzten Versammlung der Schuhmacherinnung sprach man sich dahin aus, daß für die von den Besohlanstalten geforderten Preise unmöglich gute Arbeit geliefert werden könne. Wegen der einfachen Einrichtung der Besohlanstalten sei es arbeitslos Schuhmachergesellen leicht, sich auf diese Art selbstständig zu machen. Von den kürzlich freigesprochenen Lehrlingen der Innung hätten verschiedene erklärt, daß sie überhaupt nicht als Gesellen arbeiten, sondern sofort Besohlanstalten errichten wollten. Das wird wohl nicht ganz mit der rauen Wirklichkeit harmonieren, denn erstens vertraut kein Hauswirt 17-jährigen Lehrlingen und Arbeitslosen, die ohne Mittel daher kommen, einen Laden an, und zweitens dürfte es sehr wenige Besohlanstalten geben, die ohne mehr oder minder kostspielige Maschinen arbeiten. Die wollen uns für diese Unternehmungen, die auch ihre Arbeiter oft schlecht genug bezahlen, durchaus nicht ins Zeug legen, umso weniger, wenn sie, wie die Innungsmeister behaupten, das Publikum betrügen. Glauben die Herren aber, daß sie mit Zug und Recht die Besohlanstalten des un-lauteren Wettbewerbs oder ähnlicher Vergehen zeihen können, so sollen sie auch Beweise für ihre Behauptungen herbeibringen. Sind jedoch die Behauptungen in der Innungssammlung nur ein Produkt des Kerkers über die neue Art des Massenverkehrs, so mögen die Schuhmachermeister sich vor Augen führen, daß auch sie sich nur in sehr bedingter Form als Repräsentanten des alten ehr-jamen Handwerks hinstellen können. Denn wo ist wohl heute noch ein Schuhwarengeschäft zu finden, das nicht den größten Teil seiner Vorräte aus Fabriken bezieht?

Die Steigerung der Brennmaterialien-Preise wird auch den Stadtsäckel erheblich belasten. Der neueste Bericht der städtischen Deputation zur Beschaffung der Brennmaterialien hebt hervor, daß die Preissteigerung sich schon im Rechnungsjahr 1898/99 fühlbar gemacht hat. Die Gesamtkosten der Brennmaterialien-Verwaltung betragen 1898/99 rund 1 177 747 M., im Vorjahre 1897/98 1 142 924 M., davon kamen auf die Materialien 1898/99 rund 1 020 598 M., dagegen 1897/98 nur 979 806 M. Von 1897/98 zu 1898/99 stieg der von den beteiligten städtischen Anstalten an das Brennmaterialien-Vorhaupt der Stadtkasse gezahlte Preis für 1 Kubikmeter Holz von 67 auf 67 1/2 Pf., für 1 Ctr. Steinkohle von 65 1/2 auf 66 1/2 Pf., für 1 Ctr. Steinförderkohle von 88 1/2 auf 89 1/2 Pf., für 1 Ctr. Anthracit von 85 1/2 auf 86 1/2 Pf., für 1 Ctr. Braunkohle von 64 1/2 auf 65 Pf.; nur bei Preiskohle fiel der Preis für 1 Ctr. von 67 1/2 auf 66 1/2 Pf.

Der Bau des Präsidialgebäudes des Reichstags gegen-über dem Reichstagsgebäude am Reichstagsufer wird zwei Jahre währen, die Ausbesserung ein weiteres Jahr in Anspruch nehmen, so daß das Haus also in drei Jahren wird bezogen werden können.

Der Direktor des „Invaliden- und Veteranenheims“, der Journalist Oskar Föllmer, der vor einigen Wochen wegen Untreue, Unterschlagung und Urkundenfälschung verhaftet wurde, ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil Nachforschungen nicht vorliegen. Angeblich soll Föllmer ein Geständnis abgelegt haben.

Die Bekatung der von dem Zimmermann Troger ermordeten Wittwe F o o s aus der Staligerstraße ist gestern nachmittag unter großem Teilnehmerfolge auf dem Jakobikirchhof am Rollweg erfolgt.

Als die denkmalreichste Stadt wird Berlin in konservativen Blättern gerühmt. Leider ist infoweit ein Mißstand vorhanden, als die Zahl der Denkmalentwürfe die der Militärdenkmalentwürfe um ein geringes übertrifft. Das Verhältnis ist 32:29. Das ist beileidig, wo für jedes staatsbehaltende Gemälde, besonders wenn man bedenkt, daß einige dieser Zivilisten, wie Goethe, Lessing und Schiller, Leute mit recht destruktiven Tendenzen waren. Das Uebel wird aber behoben, sobald die neue Galerie der Markgrafen in Lützenantepose sich der Vollendung nähert. In gerechter Würdigung der Sachlage sollen die Denkmalentwürfe sich übrigens dahin einig geworden sein, fürs erste keinen Zivilisten ein Standbild zu setzen. Das für Simon Dlab soll das letzte seiner Art sein.

Bedenklicher Excurs. Nicht weniger als — fünf jugendliche Ausreißer hatten sich im Laufe der verflochtenen Nacht auf dem Weg nach Transvaal gemacht, um den Boerenkrieg mitzumachen. Darunter befanden sich zwei im Alter von 16 resp. 18 Jahren stehende Söhne eines in der Brunnenstraße wohnenden Fabrikanten. Die jungen Herren, die mit Geldmitteln reichlich versehen waren, haben versucht, ein Berliner Freicorps zu bilden. Die Sache wurde jedoch verraten und von den Vätern der jungen Leute hintertrieben. Ein weiterer Berliner Freiwilliger wird die Boeren in „Tarnbegleitung“ ausführen. Es ist dies der in einem Engros-Geschäft am Hauptplatzplatz konditionierende Volontär Paul E., der seit vorigen Dienstag den Comptoirsessel nicht mehr drückt. Dem jungen Volontär hat sich die 23-jährige Confectioneuse Klara F. angeschlossen.

Verfassungen.

Die Hiesigen wählten in ihrer öffentlichen Versammlung am letzten Dienstag Dupre und Dab... als Delegierte zum Gewerkschaftsartell. Getadelt wurde, daß bei der Firma Rosenfeld die Entlassenen ihr Werkzeug auf eigene Kosten holen müssen.

Das Charlottenburger Gewerkschaftsartell hielt am 10. d. Mts. eine Versammlung ab. Zunächst berichtete Faber... über den Pufferstreik, der für Putzer und Putzträger einen sehr günstigen Verlauf genommen habe.

Die Besetzung der Städtischen Arbeitsnachweise seine Tätigkeit noch nicht in vollem Umfang aufgenommen habe; der Gehalt der Vermittlerin für weibliches Personal sei auf 100 M. erhöht worden.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Adolf Neumann, Hermannstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Vaußstr. 33.

Waldstr. 110. - „Roths Kette II“, Köpen, Ruppinerstr. 42. - „Vorwärts IV“, Schulze, Rathenow, Jägerstr. 25. - „Alpenrose“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. - „Walden“, Jean Volkan, Grenzstr. 67.

Arbeiter-Rundbund Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Naiche, Wrdorf, Waidowerstr. 14. IV. Dienstag: Naich, Eborado, Grüner Weg 120.

Gesang, Turn und geistliche Vereine. Dienstag: Gesangverein „Fischer Wille“, Alexandrinerstr. 32, Dietrich. - Arbeiter-Sänger, „Einigkeit“, Rammelsburgerstr. 86.

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turn, „Nichte“, Berlin, abds 8-10 Uhr; 2. Männerabt.: Stalgerstr. 55/56; 4. Männerabt.: Roabit, Siemensstr. 20; 5. Männerabt.: Ackerstr. 67; 6. Männerabt.: Stallstraße 54; 1. Lehrlingsabt.: Friedenstr. 37; 3. Lehrlingsabt.: Goethestr. 17/20; 6. Lehrlingsabt.: Reichensbergerstr. 67/70.

Am 14. d. M. verschied nach langem Leiden unser lieber Sohn, der Schriftsetzer Karl Werlitz. Um stille Beileid bitten Carl Werlitz u. Frau.

Todes-Anzeige. Am 14. d. M. abends 1/2 12 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau und Mutter Emilie Noack geb. Dudaß.

Danksagung. Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Gustav allen Freunden und Bekannten sowie dem Gesangsverein Vorbeerfranz und dem Personal der Firma W. Müller unseren tiefgefühltesten Dank.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die 4. Abänderung des Statuts (Erlaßung 52 Wochen) am 1. November 1899 in Kraft tritt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (End-III) Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Graumann, Nauenstr. 27: General-Versammlung.

Achtung! Achtung! Kommunalwähler des 27. Wahlbezirks. Stadtbetriebe 184 bis 188, 194 und 195 Freitag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung im Schweizer-Garten, am Königsdthor.

Verein deutscher Schuhmacher Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Kudenstr. 26: Bezirksversammlung des Ostens.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, vormittags 10 Uhr, im „Konzerthaus Sandorci“ Kottbuserstr. 4a: Versammlung sämtlicher ausständigen Metallarbeiter.

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr, im „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37: Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20/22: Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Achtung! Holzarbeiter! Achtung! Zahlstelle Rixdorf. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr, bei Klemke, Deutsches Bierhaus, Bergstr. 137: General-Versammlung.

Wilmersdorf und Halensee. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 Uhr, in Struß Salon, Augustastr. 1: Socialdemokratische Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Steinarbeiter. Dienstag, den 17. Oktober 1899, nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Öffentl. Versammlung.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Verfassgen. Deutsch. Filiale Berlin III. (Lithographen.) Donnerstag, den 19. Oktober 1899, abends 8 Uhr, Dredenerstr. 45: General-Versammlung.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk. Zahnarzt Woir, jetzt Leipzigerstr. 130. Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [B] B. Günzel, Lothringerstr. 52. Specialität: Porträts socialistischer Führer, Casselle, Marx etc. in Cigarettenpfeifen, Pfeifen, Radeln, Broschen, Knäpfern, Hüften, Wägern u. dgl., sowie jede Drechselware u. Repar. (Man verl. Preislisten)

Achtung! Kommunalwähler des 38., 40. und 47. Bezirks. Am Dienstag, den 17. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen in folgenden Lokalen:

Für den 38. Bezirk: Humboldtstraße 40. Referent Herr Stadtbr. Bruns. Für den 40. Bezirk: Rixdorf, Müllerstr. 7. Referent Herr Dr. C. Freudenberg. Für den 47. Bezirk: Gleinert, Schulstraße 29. Referent Herr R. Augustin.

Achtung! Achtung! Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 33. Kommunalwahl-Bezirk am Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Meyders Festsälen, Schönhauser Allee 28.

Achtung! MAURER. Achtung! Dienstag, den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer in „Cohns Festsälen“, Benthstr. 20-21.

Wilmersdorf und Halensee. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 Uhr, in Struß Salon, Augustastr. 1: Socialdemokratische Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Steinarbeiter. Dienstag, den 17. Oktober 1899, nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Öffentl. Versammlung.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Verfassgen. Deutsch. Filiale Berlin III. (Lithographen.) Donnerstag, den 19. Oktober 1899, abends 8 Uhr, Dredenerstr. 45: General-Versammlung.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk. Zahnarzt Woir, jetzt Leipzigerstr. 130. Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [B] B. Günzel, Lothringerstr. 52. Specialität: Porträts socialistischer Führer, Casselle, Marx etc. in Cigarettenpfeifen, Pfeifen, Radeln, Broschen, Knäpfern, Hüften, Wägern u. dgl., sowie jede Drechselware u. Repar. (Man verl. Preislisten)

Achtung! Holzarbeiter! Achtung! Zahlstelle Rixdorf. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr, bei Klemke, Deutsches Bierhaus, Bergstr. 137: General-Versammlung.

Wilmersdorf und Halensee. Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 Uhr, in Struß Salon, Augustastr. 1: Socialdemokratische Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Steinarbeiter. Dienstag, den 17. Oktober 1899, nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Öffentl. Versammlung.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Verfassgen. Deutsch. Filiale Berlin III. (Lithographen.) Donnerstag, den 19. Oktober 1899, abends 8 Uhr, Dredenerstr. 45: General-Versammlung.

Für den Inhalt der Inhalte übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 17. Oktober
Opernhaus. Così fan tutto. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Spiliter und Seifen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Aus ich wieder kam. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Dodo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Nora. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Collette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Andine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reizung. Tagelieder. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luffen. Wally Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Welfa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Gebrüder. Wilhelmshäufchen. Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Mund um Berlin. Im Reiche der Seccession! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten. Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Walloga. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater.
Direktion: José Ferrazoy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehefrau.
Geschichte.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonnabendmorgen 3 Uhr zu halben Preisen: Waldmeister von Johann Strauß.
Opernhaus - Carl Weij - Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Großer Erfolg. Tausender Beifall!
Der Weltuntergang.
Großes Ausstattungsstück mit Verwendung in 4 Akten (13 Bildern) von Dr. Carl Weij u. Prof. Dr. Max von M. Hof.
Anfang 8 Uhr.
Vorgangsbilder haben Gültigkeit.
Neue blendende Dekorationen. Schöne Kostüme.
1 Bild: Elektrische Weltstadt.
2 Bild: Marmor-Panoptikum des Niagara-Hotels.
3 Bild: Im Reiche der Liebe. (Nofenbahn).
4 Bild: Bahnhofshalle in Buenos Aires bei Abendbeleuchtung.
5 Bild: Ein Eisenbahnbaum.
6 Bild: Die Trümmer des Epyros.
7 Bild: Palmenlandschaft.
8. Felsenplateau mit Ausblick auf den Montagna und seine Zahnradbahn.
9 Bild: Der Komet.
10 Bild: Der Meteorregen.
11 Bild: Die Riesenuftautomobile.
12 Bild: Der Zusammenstoß mit dem Monde.
13 Bild: Die Wunder des Niagara-Falls.
Parfett 60 Pf.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Der Plagymajor.
Thomas, Tischer, Holmerding, Junkermann.
Zur 2. Uff. (Gr. Muffeltop - Terzett). Anfang 7 1/2 Uhr.
Victoria-Theater.
C. Alexanderstr. 40. Fernr. VII 1711.
Direkt: V. Bausenwels u. C. Emmrich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 38. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Kochtopf! Die weiße Henne. Novität! (La poule blanche).
Vandeville in 3 Akten von Hemequin und Ward. Deutsch v. Volten-Jenker. Musik v. S. Roger. In Paris mit 100000. Erfolgreich über 500 mal gegeben.
Alcazar-Theater.
Variété I. Ranges
Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
Die Direktion: Richard Winkler.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
- Im Theater abends 8 Uhr -
„Der Sieg des Menschen über die Natur“
Hörsaal: Herr Dr. Nassi: Die Elemente des Wassers
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang des Konzerts 8 Uhr.
der Vorstellung 7 Uhr.
Passage-Panoptikum.
Neu! Anatomisch. Museum.

CASTANS PANOPTICUM
165 Friedrichstrasse 165.
Die heulenden und tanzenden
Derwische
: aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit
Cäelle Carola
in der Titellrolle.
Ferner:
The Gothams
das berühmte amerikan. komische Vokal-Konzert.
Otto Reuter
Chavita - Yamata Tiero - Barra-Truppe - Blossoms - Los Durands Francis Gerard
„Grigolats“
etc. etc.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Untor den Linden 60.
Wichtig! Keine Vereinszimmer, 30-50 Personen fassend, sind noch zu vergeben. 2004L.
P. Zimmermann, Weberstr. 40c.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.
Sensationaler Erfolg!
Täglich von 9 Uhr ab:
Rund um Berlin.
Berliner Lokalrevue in 2 Akten von Julius Freund
Richt von Julius Freundhofer
1 Bild: An der Chansonette
2 Bild: Im Ausstellungsport.
Stärkliches Vokal! Jubelnd Beifall: erregen.
9 1/2 Uhr: Die Verhöhnung der Berliner Theater-Direktoren.
9 1/2 - 10 in Berlin, die Stadt der Liebe: „Am schönen grünen Strand der Spree“.
Berliner Landpost.
10 - „Der Ehe Automat“.
10 1/2 - Die lux. Helene.
10 1/2 - Die Kompensationen und die Kanalvorlage!
10 1/2 - Das letzte Pferd.
10 1/2 - Das sind lauter Puppen für Panoptikum.
10 1/2 - Die Friedens-Konferenz im Haag.
10 1/2 Uhr:
Die geinhten Zengen
im
Sarmlojenprojek in Moabit
sind zur Stelle gebracht.
Berlin und Freunde laden bis zu 10 Uhr um 10 Uhr 40 Minuten über
Dr. Kornblum. Kavaller Wolf.
Lana Kussinger etc.
Alles faunt, daß man endlich gefunden den richtigen Sachverständigen.
Zum Schluß
Mit feierlicher Ausstattung:
Im Reiche der Seccession.
Großes Ballett.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstraße 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Ganz Berlin spricht von dem Oktober-Programm.
Ganz Berlin haunt über die trefflichen Meisterwerke am lehrreichen Unterred.
Drei Vasilosen
in dieser Abführung noch nie dagewesen
Ganz Berlin lacht über Winkler und Fröbel in der urkomischen Gesangs-Parodie
Susanne im Bade.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kasseneröffnung 6 Uhr.
Billet-Vorverkauf vorm. u. 11-1 Uhr.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Großer Tanz.
W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Tilli.
Lustspiel in 4 Akten v. Franz Stöckl.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanztränchen.

Stettiner Sänger
Winkel, Vietor, Britton, Siecht, Krone, Schramm, Schneider und Schröder.
Zum Schluß:
Stuhes Yungsfahrt
Parodie von Winkel.
Anf. präcis 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Raum Ballon 75 Pf. Ballonloge 1 R. Dreifache 1,50 R. Fremdenloge 2 R. Tageskasse 11-1 Uhr.
Die Billets zu den nummerierten Sitzen sind seit 8 Tage vorher zu haben.
Besitz: Neues Programm.
Zum Schluß:
Ein vergnügter Wahltag.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Tilli.
Lustspiel in 4 Akten v. Franz Stöckl.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanztränchen.

Cirkus Busch.
Dienstag, den 17. Oktober 1909, abends 7 1/2 Uhr: Diamantische Spielte. Komisches Burleskpaar eine 30 Fuß hohe Kaskade hinaufjagend und durch das Wasserbassin fallend Sturz und der Höhe der Girkusstapel und Wasser. Die Engländer, Bundesdirektor Mr. Charles Clarke mit seinen Salko Korteles von einem Pferd auf's andere. Die Orig.-Meister-Dressuren d. Dir. Busch. Bieler-Wettkampf.
Morgen, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Wedding-Park
Haller-Strasse 178.
Seden Dienstag:
Norddeutsche Sängler.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc. 1*
Entrée 30 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.
Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Nojen aus dem Süden.
Ausstattungs-Parodie
Das
großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Koffim, Soubrette. Mstr. Pausy, Contorsionist. Mstr. Dohbrick, Champion-Panoptikum. Franziska Hold, Soubrette. Gustav Eulenberg, Dummstich.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorgangarten an Wochentagen gültig.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Winkel, Vietor, Britton, Siecht, Krone, Schramm, Schneider und Schröder.
Zum Schluß:
Stuhes Yungsfahrt
Parodie von Winkel.
Anf. präcis 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Raum Ballon 75 Pf. Ballonloge 1 R. Dreifache 1,50 R. Fremdenloge 2 R. Tageskasse 11-1 Uhr.
Die Billets zu den nummerierten Sitzen sind seit 8 Tage vorher zu haben.
Besitz: Neues Programm.
Zum Schluß:
Ein vergnügter Wahltag.

Stettiner Sänger
Winkel, Vietor, Britton, Siecht, Krone, Schramm, Schneider und Schröder.
Zum Schluß:
Stuhes Yungsfahrt
Parodie von Winkel.
Anf. präcis 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Raum Ballon 75 Pf. Ballonloge 1 R. Dreifache 1,50 R. Fremdenloge 2 R. Tageskasse 11-1 Uhr.
Die Billets zu den nummerierten Sitzen sind seit 8 Tage vorher zu haben.
Besitz: Neues Programm.
Zum Schluß:
Ein vergnügter Wahltag.

Stettiner Sänger
Winkel, Vietor, Britton, Siecht, Krone, Schramm, Schneider und Schröder.
Zum Schluß:
Stuhes Yungsfahrt
Parodie von Winkel.
Anf. präcis 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Raum Ballon 75 Pf. Ballonloge 1 R. Dreifache 1,50 R. Fremdenloge 2 R. Tageskasse 11-1 Uhr.
Die Billets zu den nummerierten Sitzen sind seit 8 Tage vorher zu haben.
Besitz: Neues Programm.
Zum Schluß:
Ein vergnügter Wahltag.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sängler.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Donnerstag und Sonntag nach der Solire:
Tanz-Kränzchen.
In Vorbereitung:
Die Ahnungslösen.

Fertige Kleider
zu sehr billigen Preisen.
Neuheiten
für Herbst und Winter.
Blusenkleid mit eleganten Seiden-Bosse 15 R.
Strassenkleid in neuen Winterstoffen 25 R., 30 R.
Promenadenkleid in eleganten Stoffen, 36 R.
Jackenkleid, sehr beliebte Façon in Cheviot u. Winter-Loden, 20 R. (2740)*
Jackenkleid in Cheviot, covert-coat und Tuch 30 R.
Wollene Blusenhemden, Matinees und Morgen-Röcke, 2 R., 3 R., 4 R., 5 R.
Costüm-Röcke in den neuesten Façons, schwarz u. farb., auf Futter 6 R., 7 R., 10 R., 12 R., 15 R.

Winter-Jackets
in allen neuen Façons u. Farben 6, 8, 10 R., 12 R., 15 R.
Plüsch-Jackets,
glatt und best. 30 R., 40 R.
Plüsch-Capes,
glatt u. best. 30 R., 36 R.
Capes und Kragen in Prunell u. Marokko 3,50 R., 4,50 R., 6, 8, 10, 14, 15 R.
Regenmäntel in neuesten Façons 15, 18, 20 R.
Golf-Capes
in neuen, glatten und schottisch farbert. Reizstoff 6 R., 7 R., 8 R., 9 R., 12 R., 15 R.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
H. Grupps Tanz-Institut,
Annonstr. 16 (früher Klubhaus).
Sonntags-Abend per Monat 3 R., Dienstagabend per Monat 4 R., Säte und Vereinszimmer für Veranstaltungen u. Festlichkeiten. (2004)*

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Nora.
Schauspiel in 3 Aufz. v. Henrik Ibsen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora.
Friedrich-Wilhelm-Theater
Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr:
Zum 4. Male:
Der Klub der Harmlosen.
Großes Berliner Sensationsstück in 5 Akten von Berden.
1. Bild: Verpielt. 2. Bild: Auf dem Metropol. Ball. 3. Bild: Falscher Verdacht. 4. Bild: Im Klub der Harmlosen. 5. Bild: In Moabit.
Morgen, abends 8 Uhr: **Der Klub der Harmlosen.**
Die für „Die Heife nach der Teufelsinsel“ ausgegebenen Bous haben auch heute Gültigkeit.

Alcazar-Theater
Variété I. Ranges
Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
Die Direktion: Richard Winkler.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Mannar werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Buchstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Schaufgeschäft sofort umhändelbar zu verkaufen. Nähe großer Fabriken. Zu erfragen Deusselstraße 93 bei Frau Wanklich. 103B
Wädel, bar und Zellgarnung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstraße. 137A*
Werkzeug 9 Pfund, Bancaalidenc, 80 Pfund, Säulenpfeil 70 Pfund, Schloß 25 Pfund, Kuchenspann 8 Pfund, Wädel-Reiniger 25 Pfund. Anflamerstraße 20, Baden. 167A*
Angekauftene Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Reismuster, sonst tadellos, von 1,10 an. Ebenfalls Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Gaudstr. 10. Wädel-Reiniger, Donig, Alexanderstraße 30, Vorderhaus I. 212A*
Wettlacher, Strohhut, Bandus, C. H. Kramer, jetzt Waldstraße 16.
Wetten, Stieppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Bettvorleger, sportlich. Pfandleiche Reanderstraße 6.
Winterpolster, Anzüge, Regulatoren, Remontieren, Overholer sportlich. Pfandleiche Reanderstraße 6. 117/2*
Damenmäntel, Jodetts, wirklich billig, verkauft Strang, Alexanderstraße 15. 201A*
Restauration, Schultheiß - Kaufmann, Riete 1200, Preis 900, verkauft Hermann, Neue Anflamerstraße 57. 214B*
Wassig und Korkwaren-Geschäft ist sofort krankheit wegen zum Inventarpreis zu verkaufen. Näheres Weidenbergstraße 158, Wilhelmshafen.
Kleines Kaffengeschäft wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Reiter Wilhelmstraße 41. 218B*
Ein Mehl- und Bortol-Geschäft sofort zu verkaufen Rammstraße 19.

Vermischte Anzeigen.
Bereinszimmer zu 60 Personen zu vergeben. Pfefferberger Kaufmann, Brückenstraße 2. 55B
Keele Anspicherung von Sojas und Meizen. Brause, Hofmannstraße 13. 217B
Bereinszimmer mit Piano, auch passend zur Jahrsfeier, zu vergeben. U. Wollsch, Peterburgerstraße 88.
Bereinszimmer zu 60 Personen zu vergeben. Pfefferberger Kaufmann, Brückenstraße 2. 213B
Zwei Regelbahnen noch Tage frei, drei Vereinszimmer. Pieper, Kreuzbergstraße 43. 111B*
Stottern heile vollständig und dauernd billig. Rupert, Albershof, Genossenschaftstraße 20, I. 197B

Vermietungen.
Wohnungen.
Leere Räume zu vermieten Brägerstraße 8, Hof II, 2. Aufgang parterre.
Freundlich möbliertes Zimmer zwei Herren, 1. November zu vermieten. Borenda, Reichendergerstraße 145/146, linker Aufgang vorn IV.
Wichtig! Ende in der Nähe der Adlerstraße für meine Tochter von anherber ein beheiztes Zimmerchen mit voller Pension (Samstagsausflug). Preis 35-40 Mark monatlich. Offerten unter U. 4 Expedition dieses Blattes.
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.
Korbhutmacher auf glatte Decken verlangen sofort bei dauernder Beschäftigung Geld- u. Hofmann, Goldschmiedefabrik, Strelitz i. R. 194B

Werkmeister.
Ein tüchtiger, erfahrener Feinmechaniker, welcher in der Knochenschande gearbeitet hat und mit der Aufstellung von Schritten und Stangen genau vertraut ist, auch die Leistung und Aufsicht über mehrere Bergbauarbeiter übernimmt, findet eine dauernde Beschäftigung bei gutem Gehalt. Schriftliche Offerten unter Angabe der Ansprache und bisherigen Tätigkeit erbeten.
Robert Erlmann
116/16* Maschinenbauwerkstatt
Bergedorf b. Hamburg.
Wasschenmeister.
geübte, feste Arbeiter, bei hohem Accorobien lohn. (1909)
Carl Birn, Dresdenstr. 88/89.
Wegen Lebensveränderung in der Bau- tischlerei von Kurtzahn.
Wühlstein, G. Ritzdorf, in Bezug fernsubalton. 122/3*

Achtung! Metallarbeiter!
In nachstehenden Betrieben befinden sich die Kollegen im Ausstand:
F. H. A. Schulze & Gerede; Biele, Alt-Gesellschaft; Spinn & Sohn; Ende & Devoß; Sped; Bredrecht; Teichmann; Bernhard Joseph; Friket; Gladenbeck; Alt-Gesellschaft; Eimer; Wühlstein; Pieper & Cie; Schmidt; J. Sand; Schiller; Nürnberg; Kramme; Knoll.
Zugung von Formern, Klompfern, Güttern, Drückern, Drehern, Schlossern, Schloßern, Glaseren und sonstigen Metallarbeitern ist fernsubalton.
114/18 Die Ordverwaltung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes.
Achtung! Kistenmacher!
In der Kistenfabrik von Neumann, Ballstr. 24, haben die Kollegen wegen Aufhebung der Arbeit widergelegt. Der Streit bei Liebrocht, Kronenstraße 71, dauert ununterbrochen fort. Zugung fernsubalton. 215B
Die Kommission der Berliner Kistenmacher.

Sattler.
Täschner und Kofferbauer.
Der Streit bei der Firma Gindrodt u. Kald dauert ununterbrochen fort. Zugung streng fernsubalton. 157/14 Die Lohnkommission.
Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Wenzel, Buchstr. 30, 9.
V. Vogel Wwe., Kopenstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Pariserstr. 42.
Norden:
W. Gahmann, Grünhägerstr. 65.
Carl Marx, Kottbuser Allee 95/96.
Emil Stolzenburg, Bismarckstr. 14.
S. Teichmann, Rühlplatzstr. 24.
S. Vogel, Demmlerstr. 32.
H. Tiedt, Anflamerstr. 124.
Nordwesten:
Carl Kuder, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
F. Schaefer, Bergmannstr. 23, 9 II
S. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8
Südosten:
Fritz Thiel, Schillerstr. 55.
D. Gelsche, Brandstr. 58.
Martin Weich, Albershofstr. 24.
Centrum:
V. Gorch, Gorchstr. 27.
H. Tiedt, Reichstr. 23.
Charlottenburg:
Gust. Zahnberg, Schillerstr. 94 I.
Friedmann:
S. Bernke, Richte 15.
Friedrichberg:
Anton Kopp, Reichstr. 4.
Fankow:
Kammerl, Kaiser Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
C. Ostermann, Gröbe 8.
C. Neuenau, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Willy Hämmer, Kottbuser Dammstr. 13.
Wissenschaft:
Heinrich Badmann, Reberstr. 1.
Julius Schiller, Königshausen Str.
Hob. Viehshager, Gutfrau-Adolfstr. 10.